

Stadtvertretung - Protokoll der 17. Sitzung am 15. Dezember 2022

Aktenzahl d004.1-2/2020-61

Die Sitzung findet am Donnerstag, 15. Dezember 2022, 18:05 Uhr, im Kulturhaus unter dem Vorsitz von Bürgermeisterin Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann statt.

	Partei	anwesende Mitglieder der Stadtvertretung	Vertretungspersonen
1	VP	Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann, Bürgermeisterin	
2	VP	Julian Fässler, Stadtrat	
3	GRÜNE	Mag. Dr. Juliane Alton, Stadträtin	
4	VP	Marie Louise Hinterauer, Stadträtin	
5	SPÖ	Markus Fäßler, Stadtrat	
6	FPÖ	Christoph Waibel, Stadtrat	
7	VP	Dr. Alexander Juen, Stadtrat	
8	GRÜNE	Aaron Wölfling, Stadtrat	
9	VP	Dr. Thomas Winsauer MBL	Michaela Mayer-Mandl
10	NEOS	Wolfgang Fäßler	
11	VP	Mag. (FH) Karin Feurstein-Pichler, Stadträtin	
12	SPÖ	Severine Engel	Mag. Eleftheriadis Konstantin
13	GRÜNE	Vahide Aydin	DI Dr. Wolf-Dieter Jussel
14	VP	Mag. Dr. Hanno Lecher	
15	FPÖ	Walter Schönbeck	
16	VP	Melanie Forer-Pernthaler	Dr. Gottfried Waibel
17	GRÜNE	Mag. Wolfgang Juen	
18	VP	Guntram Mäser	
19	SPÖ	Dominik Steinwidder	Janez Svigelj
20	VP	Christina Rusch MSc	Christoph Schmidinger MSc MAS MBA
21	NEOS	Günter Scrinzi	
22	GRÜNE	Ingrid Benedikt	Samuel Moosmann
23	FPÖ	Astrid Pöltz	
24	VP	Mag. Jochen Weber	Jakob Wirth
25	VP	Helga Dünser	
26	SPÖ	Irena Lang	
27	VP	Josef Moosbrugger	Barbara Röser
28	GRÜNE	Mag. Dr. Manfred Hämmerle	
29	VP	DI Johannes Zangerl	
30	FPÖ	Wernfried Amann	
31	VP	Mag. Dr. Küng Johannes MA	
32	GRÜNE	Susanne Fritz-Balint	

33	NEOS	Dr. Martina Hladik	
34	SPÖ	Attila Sönmez	
35	VP	Stefanie Salzmänn	Christian Zumtobel
36	VP	Simon Schwark BSc	

Anwesende Auskunftspersonen

Stadtamtsdirektor Dr. Hanno Ledermüller

Mag. Sabine Sandholzer-Hämmerle als Leiterin der Gruppe 2

MMag. Elisabeth Fink-Schneider als Leiterin der Gruppe 3

Chefarzt Univ.-Doz. Prim. Dr. Walter Neunteufel (bis inkl. Punkt 4)

Pflegedir. Bertram Ladner (bis inkl. Punkt 4)

Monika Thaler als Leiterin der Gruppe 4

DI Martin Assmann als Leiter der Gruppe 5

Mag. Guntram Mathis als Leiter der Gruppe 7

Peter Johler, Abteilung Finanzen zur TO 3, 10, 11 und 12

Mag. Charlotte Erhart als StV-Leiterin der Abteilung Kommunikation und Medien

Schriftführerin

Mag. Kathrin Wiederin

Vor Eingang in die Sitzung verliest die VORSITZENDE einen Nachruf auf den am 16. November 2022 verstorbenen em. Univ. Prof. DI Dr. Günther Schelling, Ehrenringträger der Stadt Dornbirn.

Die VORSITZENDE stellt die ordnungsgemäße Einladung der Mitglieder der Stadtvertretung sowie ihre Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnung

- 1 Berichte
- 1.3 Offener Brief Paterno Bürowelt
- 2 Ersatzwahlen in Ausschüsse
- 3 Beschäftigungsrahmenplan 2023
- 4 Voranschlag 2023 Krankenhaus Dornbirn
- 5 Verordnung über das Mindestmaß der baulichen Nutzung
- 6 Änderungen des Flächenwidmungsplans – Einzelfälle
- 7 Verwendungsvereinbarung gemäß § 38a Abs. 2 lit. a RPG betreffend Gst.-Nrn. .788/2, 7329, 7332, Heizkraftwerk Steinebach, KG Dornbirn
- 8 Grunderwerbe zwecks Realisierung der Radwegverbindung Dornbirn-Lustenau
- 9 Am Knie Projekt GmbH Grundeinlöse - Abänderung des Beschlusses der Stadtvertretung vom 5. Oktober 2021
- 10 Volksschule Forach Neubau - Vergabe Generalplanung
- 11 Einrichtung eines Gemeindevermittlungsdienstes ab 1.1.2023

- 12 Beitragssätze für den Kanalisations- und Wasseranschlussbeitrag 2023
- 13 Anpassung der Ausgleichsabgabe für fehlende Abstellplätze
- 14 Neufestsetzung der Gästetaxe
- 15 Neufestsetzung der Friedhofsgebühren 2023
- 16 Neufestsetzung der Wasser, Kanal- und Müllgebühren 2023
- 17 Voranschlag 2023 der Stadt Dornbirn
- 18 Ermächtigung des Stadtrates gemäß § 76 Abs 2 Gemeindegesetz
- 19 Wahl Vizebürgermeister:in
- 20 Genehmigung des öffentlichen und nicht öffentlichen Protokolls der 16. Sitzung der Stadtvertretung vom 17. November 2022
- 21 Allfälliges
- 21.1 (II)legale Entsorgung von Jauche

1 Berichte

1.1 Zwischenbericht Wildtierkorridor im Bereich Betriebsgebiet Dornbirn Nord

Über Mitteilung der VORSITZENDEN wird der Bericht der Abteilung „Stadt- und Verkehrsplanung“ vom 5.12.2022 betreffend „Zwischenbericht Wildtierkorridor im Bereich Betriebsgebiet Dornbirn Nord (d031.13-3/2022-2)“ zur Kenntnis genommen.

StR. Dr. Juliane ALTON unterstreicht die Bedeutung der Naturschutzregelungen als politisches Gestaltungselement. Das Vorarlberger Gesetz zu Naturschutz und Landschaftsentwicklung schreibt vor, dass bei der Erstellung von öffentlichen Konzepten und Planungen durch das Land und die Gemeinden die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftsentwicklung zu berücksichtigen sind. Dr. Alton zitiert drei internationale Rechtsnormen, welche den Schutz auch grenzüberschreitend verankern. Abschließend erinnert sie, dass der zweite Teil des Auftrags, nämlich die Ermittlung der rechtlichen Folgen einer Bestätigung der Bedeutung des Wildtierkorridors, noch ausständig ist.

1.2 Änderung in der Zusammensetzung der Stadtvertretung

Über Mitteilung der VORSITZENDEN wird der Bericht der Abteilung „Büro Bürgermeisterin und Stadtdirektion“ vom 29.11.2022 betreffend „Änderung in der Zusammensetzung der Stadtvertretung (d004.1-1/2021-12-8)“ zur Kenntnis genommen.

1.3 Offener Brief Paterno Bürowelt

Die VORSITZENDE bringt den Offenen Brief der Firma Paterno Bürowelt vom 14.11.2022, eingetroffen am 22.11.2022, zur Kenntnis. Dieser wird den Mitgliedern der Stadtvertretung via SessionNet zur Verfügung gestellt.

2 Ersatzwahlen in Ausschüsse

Ausschuss für Tiefbau, Verkehrseinrichtungen und Wasserwirtschaft

Samuel Moosmann wird anstelle von DI Maximilian Berktold 1. Ersatzmitglied des Ausschusses.

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Abfallwirtschaft

Dr. Johann Feichter wird anstelle von DI Maximilian Berktold 2. Ersatzmitglied des Ausschusses.
(einstimmig)

3 Beschäftigungsrahmenplan 2023

Beschäftigungsobergrenze gesamt	1.550,82	
Verwaltung samt Betriebe	Bedienstete	Dienstposten
Funktionen der Gehaltsklasse 1 bis 6	235	162,30
Funktionen der Gehaltsklasse 7 bis 14	595	441,84
Funktionen der Gehaltsklasse 15 bis 18	27	23,00
Funktionen der Gehaltsklasse 19	1	1,00
Funktionen der Gehaltsklasse 20	0	0,00
Funktionen der Gehaltsklasse 21	0	0,00
Funktionen der Gehaltsklasse 22	5	5,00
Funktionen der Gehaltsklasse 23	1	1,00
Gesamt	864	634,15

Gesundheitseinrichtungen (Krankenhaus, Pflegeheime)

Funktionen der Gehaltsklasse 1 bis 6	257	162,39
Funktionen der Gehaltsklasse 7 bis 14	817	594,30
Funktionen der Gehaltsklasse 15 bis 18	86	71,74
Funktionen der Gehaltsklasse 19	13	9,33
Funktionen der Gehaltsklasse 20	22	15,55
Funktionen der Gehaltsklasse 21	3	2,00
Funktionen der Gehaltsklasse 22	34	28,08
Funktionen der Gehaltsklasse 23	18	15,70
Funktionen der Gehaltsklasse 24	9	8,60
Funktionen der Gehaltsklasse 25	1	1,00
Funktionen der Gehaltsklasse 26	0	0,00
Funktionen der Gehaltsklasse 27	1	1,00
Funktionen der Gehaltsklasse 28	7	7,00
Gesamt	1.268	916,68

Zahlenmäßiges Verhältnis von Frauen und Männern

Verwaltung und Gesundheitseinrichtungen gesamt 2.132

	Frauen		Männer		Gesamt	
	Anzahl	Anteil (%)	Anzahl	Anteil (%)	Anzahl	Anteil (%)
Beamte	0	0,00	24	100,00	24	1,13
Angestellte	1.437	74,38	495	25,62	1.932	90,62
Angestellte i.h.V.	119	68,00	56	32,00	175	8,21
Sondervertrag		0,00	1	100,00	1	0,05
Summe	1.556	72,98	576	27,02	2.132	100,00

Verwaltung samt Betriebe 864

	Frauen		Männer		Gesamt	
	Anzahl	Anteil (%)	Anzahl	Anteil (%)	Anzahl	Anteil (%)
Beamte	0	0,00	24	100,00	24	2,78
Angestellte	529	68,52	243	31,48	772	89,35
Angestellte i.h.V.	23	34,33	44	65,67	67	7,75
Sondervertrag	0	0,00	1	100,00	1	0,12
Summe	552	63,89	312	36,11	864	100,00

Gesundheitseinrichtungen 1.268

	Frauen		Männer		Gesamt	
	Anzahl	Anteil (%)	Anzahl	Anteil (%)	Anzahl	Anteil (%)
Beamte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Angestellte	908	78,28	252	21,72	1.160	91,48
Angestellte i.h.V.	96	88,89	12	11,11	108	8,52
Sondervertrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Summe	1.004	79,18	264	20,82	1.268	100,00

StV Günter SCRINZI hält fest, dass seine Fraktion einer steigenden Anzahl an Mitarbeitenden im Rathaus kritisch gegenübersteht. Allerdings ist den Neos bewusst, dass die Personalsituation im Krankenhaus sowie der neue gesetzlich geregelte Anspruch auf Kinderbetreuung zusätzliche Arbeitskräfte erfordert. Dennoch ersucht er, Synergien zu prüfen und eine Auflistung des Personalkostenersatzes sowie von Kostenförderungen zur Verfügung zu stellen.

Die VORSITZENDE wiederholt, dass bereits im Personalausschuss zugesagt wurde, künftig entsprechende Aufschlüsselungen auszuweisen, da es Transferzahlungen für mehrere Dienstposten gibt.

StR. Dr. Juliane ALTON hält fest, dass in vielen Bereichen Arbeitskräfte fehlen, insbesondere bei Naturschutz, Verkehrsplanung, Pflege und Kinderbetreuung. Sie ruft dazu auf, auf Wissenstransfer bei Stellenwechseln zu achten und in Menschen zu investieren, die für Dornbirn wirken.

Die VORSITZENDE hält fest, dass es auch für die Stadt als Arbeitgeberin derzeit nicht leicht ist, Fachkräfte zu finden. Die Personalkosten stellen mit 40% der Gesamtkosten im Budget eine nachhaltige finanzielle Belastung dar. Wo nötig wird aufgestockt, so wurden bereits eine Stelle für den Bereich Energiemanagement und eine Stelle für Facility Management eingerichtet. (gegen 7 Stimmen der Grünen)

4 Voranschlag 2023 Krankenhaus Dornbirn

Die VORSITZENDE als Finanzreferentin bringt den Bericht der Gruppe „Finanzen“ vom 25.11.2022 mit der Aktenzahl d900.2-1/2022-1-10 zur Kenntnis. Zur Abstimmung gelangt folgende Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vom 6.12.2022.

A. Der Voranschlag 2023 n.d. Spitalbeitragsgesetz für das Krankenhaus der Stadt Dornbirn (Seite 12) wird in der vorliegenden Fassung mit

Ausgaben in Höhe von:	€	108.422.800
Einnahmen in Höhe von:	€	57.034.900
somit einem Abgang in Höhe von:	€	51.387.900

genehmigt.

B. An die Vbg. Landesregierung wird der Antrag gestellt, sie solle die Pflege- und Sondergebühren für das Jahr 2023 wie folgt festsetzen:

	Tarife in Euro
I. Pflegegebühren pro Tag:	
1) Allgemeine Pflegeklasse	1.045,12
2) Sonderklasse	
a) Zuschlag für Sonderklasse	384,82
b) Zuschlag für Einbettzimmer mit Dusche/Bad	44,00
II. Gebühren je Leistungspunkt:	1,60
III. Sondergebühren für ambulatorische Behandlungen:	
1) Ambulante Versorgung:	
a) bei erstmaliger Behandlung:	
Allgem. Ambulanz-Pauschale	108,09
Zuschlag für Röntgen	115,45
b) bei mehrmaliger Behandlung:	
Allgem. Ambulanz-Pauschale	64,65
Zuschlag für Röntgen	69,08
2) Computertomographie:	230,11
3) Magnetresonanztomographie (MRT)	461,49
4) Physikalische Therapie:	
a) erstmalige Behandlung	57,96
b) je Folgebehandlung	34,66
5) Ultraschall:	
je Untersuchung	80,26

6) Endoskopie:	
a) Endosk. retrogr. Cholangiopankretographie (ERCP)	413,12
b) Gastro-Duodenoskopie	184,20
c) Perkutane endoskop. Gastrotomie (PEG)	220,78
d) Koloskopie, Rektoskopie	267,99
e) Bronchoskopie	258,87
f) Andere endosk. Untersuchung	271,56

In den vorgenannten Tarifen ist ein allfälliger Beihilfenkürzungsbetrag gem. § 2 Abs. 1 des Gesundheits- u. Sozialbereich-Beihilfengesetzes, BGBl. Nr. 746/1996, enthalten.

StR. Dr. Juliane ALTON und StV Walter SCHÖNBECK bedanken sich im Namen ihrer Fraktionen bei allen Mitarbeitenden des Krankenhauses für ihre weltvolle Arbeit in dieser besonders herausfordernden Zeit und insbesondere bei Chefarzt Univ.-Doz. Prim. Dr. Walter Neunteufel für die langjährige ausgezeichnete Behandlung und Betreuung seiner Patient:innen.

(einstimmig)

Die VORSITZENDE zeigt sich erfreut über die einstimmige Beschlussfassung und bedankt sich bei allen Mitarbeitenden des Krankenhauses sehr herzlich. Sie lobt die ausgezeichnete Zusammenarbeit und das immer gute Einvernehmen zwischen der Stadt als Krankenhausträger und der fachlichen Krankenhausleitung. Ihr spezieller Dank gilt dem scheidenden Chefarzt, Univ.-Doz. Prim. Dr. Walter Neunteufel, der jahrzehntelang wesentlich zur guten Entwicklung des Krankenhauses beigetragen hat

5 Verordnung über das Mindestmaß der baulichen Nutzung

5.1 Verordnung über das Mindestmaß der baulichen Nutzung Umlegungsgebiet Baumgarten, KG Dornbirn

StR. Julian FÄSSLER bringt den Bericht der Abteilung „Stadt- und Verkehrsplanung“ vom 28.11.2022 mit der Aktenzahl d031.21-12/2022-2-7 zur Kenntnis.

Die Verordnung über das Mindestmaß der baulichen Nutzung für das Umlegungsgebiet Baumgarten, KG Dornbirn, wird unter dem Vorbehalt, dass bis zum Ende der Einreichfrist keine Einwände einlangen, mit folgendem Inhalt beschlossen:

§ 1

Diese Verordnung gilt nur für Flächen, die als Bauflächen gewidmet sind.

§ 2

Für die Flächen, die innerhalb der im Plan vom 13.09.2022, Zl. d031.21-12-2022-2, in roter Farbe ersichtlich gemachten Grenzen liegen, wird das Mindestmaß der baulichen Nutzung mit einer **Geschosszahl von 2 Geschossen** festgelegt.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

§4

Die bestehende Verordnung, genehmigt mit Bescheid vom 27.10.2021, Zl. VIIa-50.030.20-12//18, betreffend die Liegenschaft Gst.-Nr. 21310, KG Dornbirn, wird aufgehoben.

(einstimmig)

6 Änderungen des Flächenwidmungsplans – Einzelfälle

6.1 Änderung des Flächenwidmungsplans Gst.-Nr. 21320, Gebiet Baumgarten, KG Dornbirn

StR. Julian FÄSSLER bringt den Bericht der Abteilung „Stadt- und Verkehrsplanung“ vom 28.11.2022 mit der Aktenzahl d031.21-12/2022-1-8 zur Kenntnis.

Der Flächenwidmungsplan wird gemäß dem Plan vom 24.11.2022, Zl. d031.21-12-2022, beschlossen. Daraus ergibt sich folgende Änderung:

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung-Bestand Ersichtlichmachung	Flächenwidmung-Änderung Ersichtlichmachung	FW- Fläche m ²
92001	Baumgarten 21320	Bauerwartungsfläche Wohngebiet	Baufläche Wohngebiet befristet, Folgewidmung: Bauerwartungsfläche Wohngebiet	600 m ²

(einstimmig)

6.2 Änderung des Flächenwidmungsplans Gst.-Nrn. .788/2, 7329, 7332, Heizkraftwerk Steinebach, KG Dornbirn

StR. Julian FÄSSLER bringt den Bericht der Abteilung „Stadt- und Verkehrsplanung“ vom 28.11.2022 mit der Aktenzahl d031.21-11/2022-2-36 zur Kenntnis.

Der Flächenwidmungsplan wird gemäß dem Plan vom 24.11.2022, Zl. d031.21-11-22, unter dem Vorbehalt, dass bis zum Ende der Einreichfrist keine Einwände einlangen, beschlossen.

Folgende Änderungen ergeben sich daraus:

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung-Bestand Ersichtlichmachung	Flächenwidmung-Änderung Ersichtlichmachung	FW- Fläche m ²
92001	Steinebach 7329	Freifläche Landwirtschaftsgebiet	Freifläche Sondergebiet – Biomasse Heizkraftwerk	416 m ²
92001	7329	Freifläche	Freifläche Sondergebiet –	133 m ²

		Landwirtschaftsgebiet	Biomasse Lagerhalle / Verladeplatz	
92001	7329	Freifläche Landwirtschaftsgebiet	Freifläche Freihaltegebiet - Ersichtlichmachung: Forstwirtschaftlich genutzte Fläche (Wald)	1606 m ²
92001	7332	Freifläche Landwirtschaftsgebiet	Freifläche Sondergebiet – Biomasse Heizkraftwerk	493 m ²
92001	7332	Freifläche Landwirtschaftsgebiet	Freifläche Sondergebiet – Biomasse Lagerhalle / Verladeplatz	1084 m ²
92001	.788/2	Freifläche Landwirtschaftsgebiet	Freifläche Sondergebiet – Biomasse Lagerhalle / Verladeplatz	211 m ²
92001	7309	Freifläche Landwirtschaftsgebiet	Freifläche Freihaltegebiet - Ersichtlichmachung: Forstwirtschaftlich genutzte Fläche (Wald)	133 m ²
92001	16665	Freifläche Landwirtschaftsgebiet	Freifläche Freihaltegebiet - Ersichtlichmachung: Forstwirtschaftlich genutzte Fläche (Wald)	15 m ²

Gegenüber dem Entwurf werden die Flächen nicht mehr befristet. Mit dem Widmungswerber wird eine Verwendungsvereinbarung gemäß § 38 a Abs. 2 lit a RPG abgeschlossen.

StV Mag. Wolfgang JUEN wiederholt seine Bedenken bez. der Errichtung eines Heizkraftwerks an diesem Standort, insbesondere in Bezug auf Luftqualität und Zubringerverkehr. Er unterstreicht die in der Umwelterheblichkeitsprüfung geäußerten Bedenken zu Rauchgasentwicklung und -verbreitung, auf welche im nachfolgenden Genehmigungsverfahren Bedacht zu nehmen ist.

(gegen 3 Stimme der Grünen)

7 Verwendungsvereinbarung gemäß § 38a Abs. 2 lit. a RPG betreffend Gst.-Nrn. .788/2, 7329, 7332, Heizkraftwerk Steinebach, KG Dornbirn

StR. Julian FÄSSLER berichtet die Chronologie zur Erstellung des Vertragsentwurfs.

Dem Abschluss einer Vereinbarung gemäß § 38a Abs. 2 lit. a RPG zwischen der Grundstückseigentümerin F.M. Hämmerle Holding AG und der Stadt Dornbirn betreffend die Gst.Nrn. .788/2, 7329, 7332, KG Dornbirn, wird entsprechend dem beigelegtem Vertrag zugestimmt.

(einstimmig)

8 Grunderwerbe zwecks Realisierung der Radwegverbindung Dornbirn-Lustenau

Die VORSITZENDE bringt den Bericht der Abteilung „Tiefbau“ vom 16.11.2022 mit der Aktenzahl d034.00-1/2021-46-5 zur Kenntnis

1. Grunderwerbe
 - a) Die Stadt Dornbirn erwirbt von Frau Ilse Winkler die Gst.-Nr 1613 im Ausmaß von 305 m² zum Preis von € 15,00 pro m², somit zum Gesamtpreis von € 4.575,00.
 - b) Die Stadt Dornbirn erwirbt von Hermann Wohlgenannt und Susanne Maaß die Gst.-Nr 1693 im Ausmaß von 477 m² zum Preis von € 15,00 pro m², somit zum Gesamtpreis von € 7.155,00. Der dort stockende, teils überalterte, kranke und abgestorbene Baumbestand wird auf Kosten der Stadt Dornbirn gefällt und der Familie Wohlgenannt/Maaß auf deren Gehöf zugestellt. Zukünftig werden auf diesem linksufrig direkt am Mühlbach gelegenen Grundstück Feldgehölze bis zu einer Höhe von ca. 5 m gepflanzt und entsprechend gepflegt.
 - c) Die Stadt Dornbirn erwirbt von Hermann Wohlgenannt und Susanne Maaß deren Weganteile an der 542 m² großen Wegparzelle Gst.-Nr 19319, und zwar 1/6, welches mit der GST-NR 1693 und 1/6, welches mit deren Gst.-Nr 1692 noch verbunden ist, zum Gesamtpreis von € 5.240,00 (€ 15,00/m² für die Grundablöse und € 15,00/m² als Ablöse für den bereits vorhandenen Unterbau).
 - d) Die Stadt Dornbirn erwirbt von Katharina Gasser ihren 1/3 Weganteil an der 542 m² großen Wegparzelle GST-NR 19319 zum Gesamtpreis von € 5.240,00 (€ 15,00/m² für die Grundablöse und € 15,00/m² als Ablöse für den bereits vorhandenen Unterbau).
 - e) Die Stadt Dornbirn erwirbt von Johann Winsauer aus der Gst.-Nr 1698 einen 5,5 m breiten Streifen im ungefähren Ausmaß von ca. 70 m² zum Preis von € 15,00 pro m² und der Einräumung der Zufahrt zur GST-NR 1698 über die Wegparzelle Gst.-Nr 19319 und die städtische Gst.-Nr 1694.
2. Sämtliche Kosten die mit den Vertragserrichtungen, der Vermessung und Verbücherung verbunden sind, werden von der Stadt Dornbirn übernommen.

StR. Markus FÄSSLER lobt das Vorhaben als Möglichkeit, CO₂ auch im Berufsverkehr einzusparen und weist darauf hin, dass diese Fläche nicht zu 100% versiegelt wird, sondern versickerungsfähig bleibt.

StV Walter SCHÖNBECK freut sich über die Realisierung, verwehrt aber sich gegen eine Ausführung des Radwegs nach den Förderkriterien des Landes auf Kosten der Umwelt und des Baumbestandes.

StR. Dr. Juliane ALTON stimmt dieser Ansicht zu und wird mit großer Sorgfalt darauf achten, dass dieser Radweg durch Gleggen und Birkenseewald ökologisch sinnvoll gestaltet wird und keine Schäden an der Natur mit sich bringt.

StR. Markus FÄSSLER hält fest, dass nicht alle Kriterien des Landes zur Anwendung kommen, allerdings wird der Baumbestand einzeln geprüft werden, da einige Eschen auf der Strecke tatsächlich brüchig und eine Gefahr für die Fahrradfahrer sind. Er bedankt sich herzlich bei DI Hermann Wirth für die Mitwirkung an den erfolgreichen Ablöseverhandlungen.
(einstimmig)

9 Am Knie Projekt GmbH Grundeinlöse - Abänderung des Beschlusses der Stadtvertretung vom 5. Oktober 2021

In Abänderung des Stadtvertretungsbeschlusses vom 5. Oktober 2021 übernimmt die Stadt Dornbirn von der „Am Knie Projekt GmbH“ die Wegparzellen Gst-Nrn. 11395/13 und Gst.-Nr. 11395/14 samt der zugunsten der Gst.-Nr. 11395/8 eingetragenen Dienstbarkeit des Geh- und Fahrrechtes kostenlos in ihr Eigentum.

Sämtliche Kosten dieses Rechtsgeschäfts gehen zu Lasten der Am Knie Dornbirn Projekt GmbH.

(einstimmig)

10 Volksschule Forach Neubau - Vergabe Generalplanung

Die VORSITZENDE bringt den Bericht der Abteilung „Hochbau und Gebäudemanagement“ vom 7.12.2022 mit der Aktenzahl d211.020.GM-4/2020-1-44 zur Kenntnis

Die Stadt Dornbirn vergibt für die Errichtung der Volksschule Forach den Dienstleistungsauftrag „Generalplanung“ an die Bernardo Bader Architekten ZT GmbH, Klostersgasse 9a, 6900 Bregenz zum Preis von € 3.285.788,21 netto bzw. € 3.942.945,85 brutto.

Samuel Moosmann verlässt den Sitzungssaal um 19:01 Uhr und kehrt um 19:07 Uhr zurück.

StV Wolfgang JUEN kritisiert, dass diese Planung 25 Jahre zu spät erfolgt ist. Im Verlauf der Projekterarbeitung wurden alle Versuche, eine günstigere und schnellere Bauweise zu erreichen konsequent verhindert und die Stadtvertretung wurde belogen.

Die VORSITZENDE weist den Vorwurf der Lüge auf das Schärfste zurück.

StV Wolfgang JUEN reformuliert, dass nach ihren Informationen nicht alle Dinge so ausgeführt wurden wie kommuniziert. Seines Erachtens ist die Bauweise nicht an den Untergrund angepasst, was die Kosten erhöht. Positiv vermerkt wird die Deckelung des Planungshonorars. Er fragt sich, wie den Schüler:innen der Schule erklärt werden solle, dass die Schule baulich schön sei, nun aber das Geld für Lehrkräfte fehle.

StR. Christoph WAIBEL unterstreicht, dass zu keinem Zeitpunkt der Zeitplan und das pädagogische Konzept in Frage gestellt wurden. In den letzten drei Wochen wurden im Rahmen von Verhandlungen Optimierungspotentiale in Höhe von 3 Mio. EUR v.a. durch die Überarbeitung der statischen- und räumlichen Struktur erzielt. In Feldkirch wird derzeit eine Clusterschule mit zwölf Klassen und zwei Turnhallen um 28 Mio EUR errichtet.

StV Walter SCHÖNBECK gratuliert dem Amt und dem ressortführenden Stadtrat zum Projekt und hält fest, dass durch das Retentionsbecken und die geplanten Maßnahmen die Überschwemmungsgefahr stark reduziert wurde. Zudem reagiert er auf den Vorwurf, dass die Planung 25 Jahre zu spät kommt. Richtig ist vielmehr, dass die Planung von Baumaßnahmen auf Prognosen der Bevölkerungsentwicklung basiert, welche vor 25 Jahren Geburtenrückgänge anzeigte. Daher wurden v.a. Schulbauprojekte bis zur Trendumkehr zurückgestellt.

Die VORSITZENDE hält fest, dass in Vorbereitung des Wettbewerbes der VS Forach alle Beteiligten intensiv eingebunden wurden.

StVE Barbara RÖSER hält als Direktorin der VS Forach fest, dass die viel zitierte Ausweichschule nicht allen Kriterien einer regulären Schule entspricht und nicht alle Bedürfnisse einer Ganztagesklasse erfüllt. In vielen Sitzungen mit der Direktion, den Lehrkräfte und Expert:innen wurde die Basis für den Architekturwettbewerb erarbeitet. Auch unterstreicht sie, dass sie in die Ausschreibung involviert war. Sie dankt allen Eltern und Kindern, die den Bau jetzt unterstützen, auch wenn sie ihn nicht mehr nutzen werden. Sie ist überzeugt, dass die neue Schule in dieser Ausführung ihren Schüler:innen das richtige Rüstzeug fürs Leben mitgeben wird.

StR. Markus FÄSSLER unterstreicht, dass er als Schulstadtrat das Projekt VS Forach 2019 startete und es aufgrund der Explosion der Ausweichschule verschoben wurde. Daher drängt er auf die zeitgerechte Fertigstellung. Er hält fest, dass der Karlesgraben ein Vorfluter ist und durch den geplanten Regenüberlauf eine Überlastung des Kanals abfangen kann.

StR. Dr. Juliane ALTON freut sich, dass die gemeinsam entschiedene Vertagung der Entscheidung Kosteneinsparungen ohne Veränderungen für den Zeitplan und das Konzept erbracht hat. Durch diese Überarbeitung wurde die Honorarregelung für Architekten geändert. Sie hofft, dass die neue Regelung beibehalten wird.

StV Dr. Manfred HÄMMERLE kann nicht nachvollziehen, wie die Kosten zustande kommen und zeigt sich besorgt über die Höhe der Zins- und Kreditbelastung in künftigen Budgets. Er berichtet, dass an der HAK Bregenz 17 Architekten Entwürfe für den geplanten 1.200 m² großen Zubau eingereicht haben. Der Kostenrahmen liegt dabei im Bereich von 6-7 Mio. EUR. Er ersucht künftig um Festlegung eines Kostenrahmens bei Ausschreibungen.

(gegen 4 Stimmen der Grünen und 3 Stimmen der Neos)

StR. Aaron WÖLFLING verlässt den Sitzungssaal um 19:31 Uhr und kommt um 19:33 Uhr zurück.

StR. Christoph WAIBEL verlässt den Sitzungssaal um 19:33 Uhr und kommt um 19:37 Uhr zurück.

11 Einrichtung eines Gemeindevermittlungsdienstes ab 1.1.2023

Die VORSITZENDE bringt den Bericht der Abteilung „Recht“ vom 12.9.2022 mit der Aktenzahl d020.12-3/2022-1 zur Kenntnis.

Bei der Stadt Dornbirn wird mit Wirkung vom 1.1.2023 ein Gemeindevermittlungsdienst iSd § 80b Vbg. Gemeindegesetz eingerichtet. Als Mitglieder werden folgende Personen bestellt:

1. Mag. Sabine Sandholzer-Hämmerle
2. Mag. Gebhard Greber
3. Marie Louise Hinterauer

Aus dem Kreis der Mitglieder wird Marie Louise Hinterauer zur Vorsitzenden bestellt.

Als Ersatzmitglied wird Hofrat Dr. Gebhard Küng bestellt.

StV Günter SCRINZI lobt die Einrichtung des Gemeindevermittlungsdienstes, hinterfragt aber, wer nach welchen Kriterien die Mitglieder und Ersatzmitglieder zum Wahlvorschlag festgelegt hat.

Im Namen seiner Fraktion bringt er folgenden **Abänderungsantrag** ein:

Die Funktionsdauer der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Gemeindevermittlungsdienstes wird mit dem Tag der Bestellung auf die Dauer von fünf Jahren zeitlich begrenzt.

StR. Markus FÄSSLER befürwortet den Antrag auf zeitliche Begrenzung auch aus Sicht der Nominierten.

StR. Marie Louise HINTERAUER hält fest, dass sie bereits vor vielen Jahren aufgrund ihrer Qualifikation und langjährigen Erfahrung in der Schuldnerberatung gebeten wurde, diese Funktion im damaligen Gemeindevermittlungsamt zu übernehmen. Aus ihrer Sicht begrenzt die persönliche Situation der Nominierten und nicht der Zeitablauf ihr Engagement. Sie unterstreicht die Bedeutung der Mitwirkung eines Juristen bzw. einer Juristin in diesem Gremium zur Einschätzung juristischer Fragen.

Die VORSITZENDE hält fest, dass die Suche nach qualifizierten Personen nicht einfach war und bedankt sich sehr herzlich bei den Nominierten für ihre Bereitschaft, diese Aufgabe zu übernehmen.

Zur Abstimmung gelangt der **Abänderungsantrag**
(gegen die Stimmen der ÖVP)

Zur Abstimmung gelangt der **ursprüngliche Antrag, angepasst durch den Abänderungsantrag**.
(einstimmig; Mag. Dr. Küng Johannes MA und StR. Marie Louise Hinterauer nehmen wegen Befangenheit an der Abstimmung nicht teil)

12 Beitragssätze für den Kanalisations- und Wasseranschlussbeitrag 2023

1. Beitragssatz für den Kanalisationsbeitrag

Gemäß § 12 des Kanalisationsgesetzes, LGBl.Nr. 5/1989 i.d.g.F. und gemäß § 10 der Kanalordnung der Stadt Dornbirn vom 26.5.1992 i.d.g.F. wird nachstehende Verordnung über die Höhe des Beitragssatzes für den Kanalisationsbeitrag erlassen:

§ 1

Der Beitragssatz im Sinne des § 12 des Kanalisationsgesetzes wird mit Wirkung vom 1. Jänner 2023 mit € 49,62 (€ 45,11 zzgl. 10 % Umsatzsteuer von € 4,51) festgesetzt.

§2

Die Verordnung über die Höhe des Beitragssatzes für den Kanalisationsbeitrag vom 16. November 2021 und 14. Dezember 2021 tritt mit 31. Dezember 2022 außer Kraft.

2. Beitragssatz für den Wasseranschlussbeitrag 2023

Aufgrund den §§ 16 Abs. 1 Z. 15 und 17 Abs. 3 Z. 4 Finanzausgleichsgesetz 2017, BGBl. I Nr. 116/2016 i.d.g.F. sowie des § 4 der Wassergebührenordnung vom 29.4.1999 wird nachstehende Verordnung über die Höhe des Beitragssatzes für den Wasseranschlussbeitrag erlassen:

§ 1

Der Beitragssatz gemäß § 4 der Wassergebührenordnung i.d.g.F. wird ab 1. Jänner 2023 mit € 36,00 (€ 32,73 + 10% Umsatzsteuer von € 3,27), das sind 15 v. H. der Durchschnittskosten für die Herstellung eines Laufmeters Wasserleitung mit 100 mm Durchmesser in 1,40 m Tiefe, festgelegt.

§ 2

Die Verordnung über die Höhe des Beitragssatzes für den Wasseranschlussbeitrag vom 16. November 2021 tritt mit 31. Dezember 2022 außer Kraft.

(einstimmig)

13 Anpassung der Ausgleichsabgabe für fehlende Abstellplätze

Auf Grund des § 13 Baugesetz, LGBl. Nr. 52/2001 i.d.g.F. in Verbindung mit § 8 Abs. 5 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948, BGBl. Nr. 45/1948 i.d.g.F. in Verbindung mit § 1 der Verordnung der Stadtvertretung vom 12. November 2015 über die Einhebung einer Ausgleichsabgabe für fehlende Abstellplätze für mehrspurige Kraftfahrzeuge wird nachstehende **Verordnung über die Abänderung der Verordnung über die Einhebung einer Ausgleichsabgabe für fehlende Abstellplätze für mehrspurige Kraftfahrzeuge** erlassen:

§ 1

Die Teileinheiten gemäß § 2 der Verordnung der Stadtvertretung vom 12. November 2015 über die Einhebung einer Ausgleichsabgabe für fehlende Abstellplätze für mehrspurige Kraftfahrzeuge werden mit Wirkung vom 1. Jänner 2023 wie folgt neu festgesetzt:

a)	Flächenausgleich:		
	11,50 m ² à € 341,00	=	3.921,50 €
b)	Errichtungskostenausgleich:		
	11,50 m ² à € 180,00	=	<u>2.070,00 €</u>
			5.991,50 €

Der Abgabepflichtige hat somit für einen fehlenden Abstellplatz € 5.991,50 zu leisten.

§ 2

Die Verordnung über die Abänderung der Verordnung über die Einhebung einer Ausgleichsabgabe für fehlende Abstellplätze für mehrspurige Kraftfahrzeuge vom 16. November 2021 tritt mit 31. Dezember 2022 außer Kraft.

StV Dr. Martina HLADIK regt an, die Abgabe zu erhöhen und schlägt im Namen ihrer Fraktion eine Vorgehensweise mit stärkerem Lenkungseffekt vor. Anstatt Bauträgern ermöglichen, sich von der Verpflichtung freizukaufen, sollen - analog zu Mietobjekten - Endkunden, die auf ein Privatauto verzichten, von einem Bonus profitieren. Die Stadt als Baubehörde könne so auch den CO2 Ausstoß senken.

(gegen 7 Stimmen der Grünen)

14 Neufestsetzung der Gästetaxe

Aufgrund des § 13 Tourismusgesetz, LGB1.Nr. 86/1997, i.d.g.F. in Verbindung mit § 4 der Verordnung der Stadt Dornbirn über die Einhebung einer Gästetaxe (Taxordnung) vom 7. Mai 1992 i.d.g.F. wird nachstehende **Verordnung über die Höhe der Gästetaxe** erlassen:

§1

Die Gästetaxe wird ab 1. Juli 2023 für das gesamte Stadtgebiet mit € 2,00 pro Nächtigung festgesetzt.

§ 2

Die Verordnung über die Höhe der Gästetaxe vom 05. Oktober 2021 tritt mit 30. Juni 2023 außer Kraft.

(einstimmig)

15 Neufestsetzung der Friedhofsgebühren 2023

Aufgrund des § 17 Abs. 3 Z. 4 Finanzausgleichsgesetz 2017, BGBl. I Nr. 116/2016 i.d.g.F., und der §§ 42 - 51 Bestattungsgesetz, LGBl. Nr. 58/1969 i.d.g.F., sowie der Friedhofsordnung der Stadt Dornbirn vom 27. Oktober 1992 i.d.g.F. wird nachstehende **Verordnung über die Höhe der Friedhofsgebühren** erlassen:

§ 1

Die Friedhofsgebühren werden gemäß § 19 der Friedhofsordnung der Stadt Dornbirn vom 27. Oktober 1992 i.d.g.F. mit Wirkung vom 1. Jänner 2023 wie folgt neu festgesetzt:

1. Grabstättengebühren

Die Grabstättengebühren betragen für die Dauer eines Benutzungsrechtes (derzeit beim Reihengrab 14 Jahre und beim Familiengrab 25 Jahre) beim

Reihengrab pro Grabstelle (3 m ²)	€	345,00	(€ 300,00 = + 15,00 %)
Reihengrab im Urnenfeld (2,25 m ²)	€	293,00	(€ 255,00 = + 14,90 %)
Urnengemeinschaftsgrab	€	518,00	(€ 450,00 = + 15,11 %)

Familiengrab im Feld

a) doppeltief

mit 2 Grabstellen (5,2 m ²)	€	1.155,00	(€ 1.045,00 = + 10,53 %)
mit 4 Grabstellen (6 m ²)	€	2.047,00	(€ 1.852,00 = + 10,53 %)

b) einfachtief

mit 3 Grabstellen (9 m ²)	€	1.809,00	(€ 1.637,00 = + 10,51 %)
Familiengrab entlang der Thujenhecke			
<u>a) einfachtief</u>			
mit 3 Grabstellen (9 m ²)	€	2.463,00	(€ 2.228,00 = + 10,55 %)
<u>b) doppeltief</u>			
mit 4 Grabstellen (6 m ²)	€	2.868,00	(€ 2.595,00 = + 10,52 %)
Familiengrab entlang der Mauer			
mit 3 Grabstellen (9 m ²)	€	3.183,00	(€ 2.880,00 = + 10,52 %)
Arkadengrab			
mit 3 Grabstellen (9 m ²)	€	4.404,00	(€ 3.984,00 = + 10,54 %)
Urnenfamiliengrab für 3 Urnen			
Nischen – erste und zweite Reihe	€	1.071,00	(€ 969,00 = + 10,53 %)
Nischen – unterste Reihe der dreistöckigen Urnenwände	€	868,00	(€ 785,00 = + 10,57 %)
Erdgräber	€	970,00	(€ 878,00 = + 10,48 %)
pro Grabstelle im Ebnit	€	703,00	(€ 636,00 = + 10,53 %)
pro Kreuz	€	166,00	(€ 150,00 = + 10,67 %)

2. Verlängerungsgebühren

Für die Verlängerung eines Benützungsrechtes sind Gebühren in der Höhe der Grabstättengebühren entsprechend der Dauer der Verlängerung zu entrichten (z.B. 15 Jahre = 60 %).

3. Bestattungsgebühren Montag – Freitag

Die Bestattungsgebühren betragen für jede Grabstelle

einfachtief	€	495,00	(€ 448,00 = + 10,49 %)
doppeltief	€	692,00	(€ 626,00 = + 10,54 %)

Die Bestattungsgebühren

für Urnen-Erdbestattungen betragen	€	95,00	(€ 86,00 = + 10,47 %)
------------------------------------	---	-------	-----------------------

4. Bestattungsgebühren am Samstag

Die Bestattungsgebühren betragen für jede Grabstelle

einfachtief	€	592,00	(€ 536,00 = + 10,45 %)
doppeltief	€	818,00	(€ 740,00 = + 10,54 %)

Die Bestattungsgebühren

für Urnen-Erdbestattungen betragen	€	122,00	(€ 110,00 = + 10,91 %)
------------------------------------	---	--------	------------------------

5. Aufbahrungsgebühr

Diese wird nach Kalendertagen berechnet.

Für den 1-ten Tag der Benützung

der Aufbahrungshalle	€	88,00	(€ 80,00 = + 10,00 %)
----------------------	---	-------	-----------------------

des Kühlraumes	€	88,00	(€ 80,00 = + 10,00 %)
Für den 2-ten und weitere Tage	€	0,00	

Für Kinder bis zu 14 Jahren werden 50 % der obigen Sätze berechnet.

Für Bestattungen in den Bergfriedhöfen wird stets der Tarif „doppeltief“ verrechnet.

Die Gebühr für Exhumierungen entspricht pro Graböffnung der Bestattungsgebühr für „einfachtief“ bzw. für „doppeltief“.

§ 2

Die Verordnung über die Höhe der Friedhofsgebühren vom 05. Oktober 2021 und vom 14. Dezember 2021 tritt mit 31. Dezember 2022 außer Kraft.

Die Friedhofsgebühren unterliegen nicht der Umsatzsteuerpflicht.

(einstimmig)

16 Neufestsetzung der Wasser, Kanal- und Müllgebühren 2023

1) Verordnung über die Höhe der Wassergebühren

Aufgrund der §§ 16 Abs. 1 Z. 15 und 17 Abs. 3 Z. 4 Finanzausgleichsgesetz 2017, BGBl. I Nr. 116/2016 i.d.g.F. sowie der §§ 12 und 13 der Wassergebührenordnung vom 29.4.1999 wird nachstehende **Verordnung über die Höhe der Wassergebühren** erlassen:

§ 1

Die Wasserbezugs- und Wasserzählergebühren werden ab 1. Jänner 2023 wie folgt neu festgesetzt:

1. Wasserbezugsgebühren je m ³ Wasser bei einer Abnahme je Monat von			
bis 1.000 m ³	€ 1,15	(€ 1,04)	+ 10,58 %
1.001 – 2.000 m ³	€ 1,13	(€ 1,02)	+ 10,78 %
2.001 – 3.000 m ³	€ 1,09	(€ 0,98)	+ 11,22 %
ab 3.001 m ³	€ 1,04	(€ 0,93)	+ 11,83 %
Abgabe an Genossenschaften, je m ³	€ 1,05	(€ 0,94)	+ 11,70 %

2. Wasserzählergebühren je Monat

a) Nennleistung in m³/h:

3 m ³ /h	€ 2,15	(€ 2,11)	+ 1,90 %
5 m ³ /h	€ 2,15	(€ 2,11)	+ 1,90 %
7 m ³ /h	€ 2,56	(€ 2,51)	+ 1,99 %
20 m ³ /h	€ 3,91	(€ 3,83)	+ 2,08 %
30 m ³ /h	€ 11,04	(€ 10,83)	+ 1,93 %

b) Nennweite in mm:

50 mm	€ 12,70	(€ 12,46)	+ 1,93 %
65 mm	€ 13,23	(€ 12,98)	+ 1,93 %
80 mm	€ 14,07	(€ 13,80)	+ 1,96 %

Diese Gebühren sind Brutto-Gebühren. Die Umsatzsteuer von derzeit 10 % ist in den Gebühren enthalten.

§ 2

Die Verordnung über die Höhe der Wassergebühren vom 16. November 2021 tritt mit 31. Dezember 2022 außer Kraft.

2) Verordnung über die Höhe der Kanalbenützungsgebühren

Aufgrund der §§ 19 bis 23 des Kanalisationsgesetzes, LGBl.Nr. 5/1989 i.d.g.F. in Verbindung mit den §§ 16 Abs. 1 Z. 15 und 17 Abs. 3 Z. 4 Finanzausgleichsgesetz 2017, BGBl. I Nr. 116/2016 i.d.g.F. und gemäß § 15 der Kanalordnung der Stadt Dornbirn vom 26. Mai 1992 i.d.g.F. wird nachstehende **Verordnung über die Höhe der Kanalbenützungsgebühren** erlassen:

§ 1

Die Kanalbenützungsgebühren werden gemäß § 15 der Kanalordnung der Stadt Dornbirn vom 26. Mai 1992 i.d.g.F. mit Wirkung vom 1. Jänner 2023 wie folgt neu festgesetzt:

a) Für direkt angeschlossene Objekte je m³

Verbrauch bis zu	1.000 m ³ im Monat	€ 2,89	(€ 2,53)	+ 14,23 %
Verbrauch von	1.001 - 2.000 m ³ im Monat	€ 2,75	(€ 2,40)	+ 14,58 %
Verbrauch von	2.001 - 3.000 m ³ im Monat	€ 2,31	(€ 2,02)	+ 14,36 %
Verbrauch ab	3.001 m ³ im Monat	€ 1,59	(€ 1,39)	+ 14,39 %

b) Für nicht direkt angeschlossene Objekte

je m ³	€ 2,62	(€ 2,29)	+ 14,41 %
-------------------	--------	----------	-----------

Diese Gebühren sind Brutto-Gebühren. Die Umsatzsteuer von derzeit 10 % ist in den Gebühren enthalten.

§ 2

Die Verordnung über die Höhe der Kanalbenützungsgebühren vom 16. November 2021 tritt mit 31. Dezember 2022 außer Kraft.

3) Verordnung über die Höhe der Abfallgebühren

Auf Grund der Ermächtigung nach § 17 Abs. 3 Z. 4 Finanzausgleichsgesetz 2017, BGBl. I Nr. 116/2016 i.d.g.F. und des § 17 Vorarlberger Abfallwirtschaftsgesetz, LGBl. Nr. 1/2006 i.d.g.F., wird nachstehende **Verordnung über die Höhe der Abfallgebühren** erlassen:

§ 1

Die Abfallgebühren gemäß §§ 2 und 4 der Abfallgebührenverordnung der Stadt Dornbirn vom 16. November 2021 werden mit Wirkung 1. Jänner 2023 wie folgt festgesetzt:

I. Mengenumabhängige Grundgebühren

Die Abfallgrundgebühr für Wohnungen beträgt pro Wohnungsbenützer € 14,70 pro Jahr.

Die Abfallgrundgebühr für Ferienwohnungen beträgt € 29,40 pro Jahr.

Die Abfallgrundgebühr für sonstige Abfallverursacher beträgt € 58,80 pro Jahr.

II. Mengenabhängige Abfallgebühren

Restabfalltonne 60 l pro Monat	€	8,60
40 l Restabfallsack pro Stück	€	3,10
20 l Restabfallsack pro Stück	€	1,50
15 l Bioabfallsack pro Stück	€	1,10
8 l Bioabfallsack pro Stück	€	0,80
80 l Gartenabfallsack pro Stück	€	4,50
1100 l Restabfall-Container pro Entleerung	€	79,00
770 l Restabfall-Container pro Entleerung	€	55,50
240 l Restabfall-Container pro Entleerung	€	17,50
40 l Biotonne (wöchentlich)	€	3,80
80 l Biotonne (wöchentlich)	€	7,55
120 l Biotonne (wöchentlich)	€	10,50
240 l Biotonne (wöchentlich)	€	19,00

Die **Gebühr für die Annahme von sperrigen Siedlungsabfällen** beträgt € 38,00 (€ 34,50) + 10,14% pro m³. Der Tarif für einen halben m³ Sperrmüll beträgt € 19,00 (€ 17,30) + 9,83%
Sonstige sperrige Güter (= nicht haushaltsüblicher Sperrmüll und Bauschutt) werden mit € 38,00 (€ 34,50) + 10,14 % je halben m³ vergebührt.

Die Gebühr für Kleinmengen bis zu 60 Litern beträgt € 5,00 (€ 4,50) + 11,11%

Die **Gebühr für die Annahme von sperrigen Garten- und Parkabfällen** beträgt € 9,50 (€ 8,10) + 17,28 % pro m³. Der Tarif für einen halben m³ Gartenabfälle beträgt € 6,20 (€ 6,10) + 1,64 %
Die Gebühr für Kleinmengen bis 80 l beträgt € 4,00 (€ 3,40) + 17,65%

Alle oben ausgewiesenen Abfallgebühren sind Bruttogebühren. Die Umsatzsteuer von derzeit 10% ist in den Gebühren enthalten.

§ 2

Die Verordnung über die Höhe der Abfallgebühren vom 16. November 2021 tritt mit 31. Dezember 2022 außer Kraft.

StR. Dr. Juliane ALTON sieht es sinnvoll, Gebühren kostendeckend im Index zu erhöhen. Auch in Zukunft soll die Gebührengestaltung abfall- und ressourcenschonende Ziele verfolgen. Niedrige Grundgebühren sollen mit verbrauchsorientierten Gebühren kombiniert und von Mengenrabatten soll abgesehen werden, um für die Bürger:innen nachvollziehbar zu sein und die Menge an Abfall nachhaltig zu reduzieren.

(einstimmig)

17 Voranschlag 2023 der Stadt Dornbirn

Bürgermeisterin Dipl.-Vw. Andrea KAUFMANN eröffnet als Finanzreferentin und gleichzeitig als Sprecherin der Fraktion „Bürgermeisterin Andrea Kaufmann – Dornbirner Volkspartei“ die **GENERALDEBATTE** und führt Folgendes aus:

„Sehr geehrte Damen und Herren der Stadtvertretung,

die vergangenen Jahre haben viel verändert. Seit fast drei Jahren beschäftigen uns die **Auswirkungen der Corona Pandemie**. So wie es derzeit aussieht, sollten wir das Ärgste überstanden haben. Die Nachwirkungen, insbesondere die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen, werden noch eine Weile spürbar bleiben. Nicht vorhersehbar war der **Angriffskrieg Russlands** auf die Ukraine im Februar dieses Jahres. Die internationale und vor allem europäische Gemeinschaft hat dem Aggressor Grenzen aufgezeigt und gleichzeitig die humanitäre Solidarität in unserer Gesellschaft geweckt. Gleichzeitig wurde uns aber auch vor Augen geführt, dass uns die Abhängigkeit Europas von russischer Energie in eine schwierige Situation bringen kann. Die Pandemie und der Krieg vor unserer Haustüre zeigen uns die Grenzen der Globalisierung auf. Wir werden zukünftig noch stärker auf eine möglichst regionale Produktion und auf erneuerbare Energien setzen müssen.

Die anhaltend hohe **Teuerung**, die für Jede und Jeden von uns in allen Bereichen spürbar ist sowie die enorm gestiegenen **Energiekosten** waren auch bei der Erstellung des Voranschlags der Stadt Dornbirn für das kommende Jahr herausfordernd. Alleine bei den Energiekosten mussten Mehrausgaben von rund 9 Millionen Euro eingeplant werden. Die Teuerung spüren wir bei allen Ausgaben der Stadt, sowohl im laufenden Betrieb als auch bei den Investitionen. Bauprojekte haben sich alleine in den vergangenen zwei Jahren um rund 20% verteuert. Dass wir angesichts dieser Entwicklung dennoch ein zukunftsorientiertes Budget erstellen konnten, ist bemerkenswert und war nur durch die gute Zusammenarbeit und das konstruktive Miteinander aller Beteiligten möglich.

Ich möchte mich deshalb gleich zu Beginn meiner Ausführungen dafür bedanken: bei den Kolleginnen und Kollegen in der Stadtregierung, den Leiter:innen unserer Betriebe und bei den

Mitarbeitenden, die Projekte und Vorhaben **optimiert** oder **vorerst zurückgestellt** haben. Diese Anstrengungen waren wichtig um die notwendigen finanziellen Spielräume erhalten zu können.

226,6 Millionen Euro wird die Stadt Dornbirn im kommenden Jahr umsetzen. Der Voranschlag der Stadt erreicht damit ein neues Rekordniveau und liegt rund 38 Millionen über dem Vorjahrwert. Mit **beachtlichen Investitionen** sowie einer **wirkungsvollen Konsolidierung** bei den laufenden Ausgaben schaffen wir eine wichtige Grundlage für die weitere Entwicklung unserer Stadt. Dornbirn hat in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass sich gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten durch eine aktive und umsichtige Politik auch Chancen eröffnen. Mit dem vorliegenden Budget investieren wir in diese Chancen und in die Zukunft unserer Stadt. Allein 14,3 Millionen Euro gehen in Projekte im Kindergarten- und Schulbereich. Weitere Schwerpunkte betreffen das Krankenhaus und die Infrastruktur der Stadt. Die dafür benötigten Spielräume eröffnen sich unter anderem mit einem Budgetüberschuss im Ergebnishaushalt in der Höhe von rund 12,1 Millionen Euro. 50,9 Millionen Euro werden im kommenden Jahr über Aufträge in die regionale Wirtschaft fließen. Das sind umgerechnet rund 140.000.- Euro pro Tag.

Mit einem in diesem Jahr durchgeführten Projekt zur **Konsolidierung des Budgets** und consequenten Einsparungen bei den laufenden Aufgaben in der Verwaltung konnten finanzielle Spielräume geschaffen werden. Unerwartete höhere Einnahmen aus den Ertragsanteilen haben das Ergebnis ebenfalls verbessert.

Neben den hohen Investitionen in unsere Schulen und Kindergärten finden sich im Budget weitere Schwerpunkte, die mir besonders am Herzen liegen: zusätzliche Maßnahmen zum **Klimaschutz** aber auch die Absicherung im Falle eines **Blackouts**. In beiden Themenbereichen ist die Stadt bereits seit Jahren aktiv. Die umgesetzten Maßnahmen aus dem Energie- und Umweltprogramm haben uns heuer erneut den „Energy Award“ in Gold gebracht. Für drei neue Sonnenkraftwerke, ein zusätzliches Sonnenschein- Beteiligungsprojekt, neue aus erneuerbarer Energie gespeiste Heizanlagen in städtischen Gebäuden und die Umstellung der Beleuchtung auf stromsparende LED-Technologie sind für das kommende Jahr fast 2 Millionen Euro vorgesehen. Konkrete „Blackoutmaßnahmen“ wie z.B. Notstromaggregate sind mit rund 533.000 Euro geplant.

Trotz hoher Investitionen wird die Verschuldung im Vergleich zum Stand heute nur geringfügig steigen - um rund 4,2 Millionen auf insgesamt 187,3 Millionen Euro. Dies betrifft ausschließlich Grundankäufe, wofür 5,25 Millionen Euro reserviert sind. Damit steigern wir auch das Vermögen der Stadt. Im Vergleich zum Voranschlag 2022 **sinkt der Darlehensstand** der Stadt sogar um 10 Millionen Euro. Zudem weist das Budget für nächstes Jahr einen immer noch **hohen Rücklagenstand** von rund 32,2 Millionen Euro aus.

Die Zahlen zum Voranschlag 2023 (in Euro)

Ergebnishaushalt

Einnahmen (Mittelaufbringung):	226.613.400
Ausgaben (Mittelverwendung):	214.492.200
Saldo	+12.121.200

Finanzierungshaushalt

Einnahmen (Mittelaufbringung):	248.765.600
Ausgaben (Mittelverwendung):	253.665.600
Saldo	-4.900.000
Investitionen:	50.901.800
Personal (inkl. Eigenbetriebe):	132.269.300
Darlehensstand (Ende 2023):	187.266.200
Maastricht Schuldenstand:	109.468.700
Einnahmen aus eigenen Steuern (davon 29,4 Millionen aus der Kommunalsteuer)	36.596.800
Einnahmen aus Ertragsanteilen	94.024.100
Gebühren	14.820.500
Leistungserlöse	23.236.400
Leistungserlöse Gesundheitsbetriebe	111.705.200

Moderne und offene Verwaltung

2.132 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kümmern sich täglich um das „Funktionieren“ der Stadt: in den Pflege- und Gesundheitseinrichtungen, für die Betreuung unserer Kinder, den Ver- und Entsorgungsbetrieben, bei der Instandhaltung und dem Ausbau der städtischen Infrastruktur und in vielen anderen Bereichen der Verwaltung, die oft kaum sichtbar aber wichtig und notwendig sind. Bei einem Dienstleistungsbetrieb, wie es eine Stadtverwaltung ist, haben die **Personalkosten** einen hohen Anteil an den Gesamtkosten. Für das kommende Jahr sind hier rund 132,3 Millionen Euro vorgesehen.

Wie viele andere Betriebe steht auch die Stadt vor der Herausforderung die bereits begonnene **Pensionierungswelle** der geburtenstarken Jahrgänge abzufedern. Wir können uns glücklicherweise als sehr guter Arbeitgeber sehr gut auf dem Arbeitsmarkt positionieren und tun dies auch mit einem neuen und aktiven Recruitingkonzept. Dazu gehören auch neue Wege bei der Besetzung von Mitarbeitenden in den Bereichen Pflege, Kinderbetreuung, IT oder Sicherheit.

Ein Beispiel ist das neue Modell von **Stipendien für Mitarbeitende** in der IT. Wir konnten damit im laufenden Jahr gleich vier neue Mitarbeitende gewinnen, die eine Ausbildung im Bereich Web-Development absolvieren und gleichzeitig bereits in der Verwaltung arbeiten. Auch die Ausbildung unserer **Lehrlinge** ist sehr wichtig. 107 Lehrlinge hat die Stadt in den vergangenen Jahren ausgebildet; der Großteil ist geblieben und verstärkt unsere Teams. Seit Beginn unserer Lehrlingsausbildung ist Dornbirn als „ausgezeichneter Lehrbetrieb“ prämiert.

Mit der Eröffnung der neuen **Infothek im Erdgeschoss** des Rathauses, insbesondere mit den verlängerten Öffnungszeiten über die Mittagstunden wurde die Verwaltung noch bürgerfreundlicher. Die Mitarbeitenden stehen für allgemeine Auskünfte, die Vermittlung zu den Abteilungen der Stadtverwaltung und für Hilfestellungen zur Verfügung. Hier können auch die bei der Bevölkerung gut angenommenen Terminservierungen, die übrigens auch außerhalb der Rathausöffnungszeiten möglich sind, erfolgen.

Ergänzt wird das Bürgerservice durch die ständig wachsenden **digitalen Schnittstellen**, mit denen die Bevölkerung ihre Anliegen und Ansuchen schnell und bequem übermitteln kann.

In der Verwaltung wollen wir das mit dem digitalen Amt umsetzen, die Automatisierung von Prozessen für Bürger:innen und Mitarbeitende soll weiter gefördert werden. Darüber hinaus unterstützen wir auch im kommenden Jahr zahlreiche Initiativen der Digitalisierung; von neuen Start-ups bis zu den niederschweligen Angeboten für Kinder und Jugendliche. Beim **Smart-City-Wettbewerb** suchen wir im nächsten Jahr bereits zum sechsten Mal neue Ideen für die Stadt der Zukunft.

Jüngste Beispiele von Hackerangriffen auf Firmen und Institutionen haben auch uns veranlasst, unsere **IT-Struktur** zu prüfen. Das durchaus erfreuliche Ergebnis zeigt, dass unsere Systeme gut geschützt sind, es aber Anpassungen bedarf. Die Systemsicherheit wird im kommenden Jahr, neben der Weiterentwicklung des digitalen Amtes, ein Schwerpunkt unserer Informatik sein.

Sicherheit

Die Stadt hat sich frühzeitig mit den Themen **Sicherheit und Krisenmanagement** auseinandergesetzt. Die neuen Strukturen mit einer schlagkräftigen Stabesatzleitung und umfassenden Schutzplänen haben in den vergangenen Jahren geholfen, professionell und gut vorbereitet auf Krisensituationen zu reagieren: Hochwasser, größere Brandereignisse bis hin zu einem angedrohten Amoklauf in einer Dornbirner Mittelschule. Auch die Maßnahmen während der Pandemie, die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine und die angespannte Situation der Energieversorgung werden in der Stabesatzleitung koordiniert.

Seit rund zwei Jahren arbeitet die Stadt an einem Konzept, mit dem die Bevölkerung im Fall eines größeren Stromausfalls, eines **Blackouts**, geschützt und versorgt werden kann. Die Schwierigkeiten auf dem Energiesektor aufgrund des Kriegs haben die Situation verschärft. Neben klaren Notfallplänen wurde in den vergangenen Jahren auch die Infrastruktur für die Notversorgung der städtischen Einrichtungen verbessert. Im kommenden Jahr werden rund eine halbe Million Euro in weitere Anpassungen investiert.

Die **Freiwillige Feuerwehr Dornbirn** ist nicht nur die größte Wehr im Land, sie ist auch einer der wichtigsten Partner beim Katastrophenschutz der Stadt und mittlerweile bei fast jedem Einsatz in Dornbirn beteiligt. Die hochmotivierte und ehrenamtlich tätige Truppe zeigt dabei höchste Professionalität und bewältigt ein breites Aufgabenspektrum. Die Stadt unterstützt die Feuerwehr auf organisatorischer und personeller Ebene. Neben den laufenden Investitionen in die Ausstattung und den Fahrzeugpark stehen zwei größere Projekte an, die im kommenden Jahr vorzubereiten sind. Der Austausch der Drehleiter und der Neubau eines Feuerwehrhauses im Hatlerdorf.

Die **Stadtpolizei** ist nicht nur eine wesentliche Anlaufstelle für die Dornbirnerinnen und Dornbirner, die Mitarbeitenden sind auch ein wichtiger Teil der städtischen Sicherheitsstruktur. In Zusammenarbeit mit der Bundespolizei sind unsere Polizistinnen und Polizisten täglich vor Ort, lösen Probleme und sorgen für die Sicherheit in unserer Stadt.

Mit der Beteiligung an der Projektreihe **Urbane Sicherheit** des „Kuratoriums Sicheres Österreich“ wurden Erfahrungen und Sichtweisen zum Thema Sicherheit im urbanen Raum ausgetauscht. Als Ergebnis entstand dabei ein Katalog von Empfehlungen und Maßnahmen, wie Dornbirn als lebenswerter urbaner Raum gestaltet und wie ein friedliches Miteinander gefördert werden kann.

Gesundheit, Pflege, Soziales

Das städtische **Krankenhaus** ist unser größter Betrieb und zugleich die wichtigste Gesundheitseinrichtung in der Region. Gezielte und auf die Vorarlberger Gesundheitslandschaft angepasste Schwerpunkte sowie der weitere Ausbau von ambulanten und tagesklinischen Leistungen sind für die zukunftsorientierte Positionierung unseres Krankenhauses notwendig.

Die Kooperation der Abteilungen **Gynäkologie und Geburtshilfe** in Dornbirn und Bregenz mit dem Doppelprimariat unter der Leitung von Dornbirn zeigt, dass die Zusammenarbeit auch über die Trägerschaft der Krankenhäuser hinweg sehr gut funktioniert. Als größte Geburtshilfestation des Landes mit jährlich rund 1.500 Geburten investieren wir in den Geburtsbereich. Die vier Kreißsäle wurden modernisiert und um einen weiteren Kreißsaal sowie Behandlungsräume erweitert.

Ein weiterer wichtiger Entwicklungsschritt zur Steigerung der Patientensicherheit ist die Implementierung des **Manchester-Triage-Systems**. Diese Ersteinschätzung nach Dringlichkeit der Behandlung von Patient:innen ist ein methodischer Ansatz, den gewachsenen Patientenansprüchen und dem Patientenansturm gerecht zu werden. Unterstützend wirkt dabei die **Digitalisierung** mit einem Self-Check-In und Reihung der Patienten. Mit diesen Umbauten wird eine wichtige Etappe bei der Modernisierung unseres Krankenhauses abgeschlossen. Wir werden uns anschließend mit dem nächsten Abschnitt, der Sanierung der Bettengeschosse beschäftigen und uns darauf vorbereiten.

Dass sich die Patient:innen auf eine ausgezeichnete Qualität im Krankenhaus verlassen können, bestätigen die **erfolgreichen Re-Zertifizierungen**: für das gesamte Haus die ISO-Zertifizierung, sowie die Zertifikate für das Brustgesundheitszentrum und das Kontinenz- und Beckenbodenzentrum.

Ein Fokus liegt bei der Größe des Betriebs auch auf dem Energiemanagement. Hier ist das Krankenhaus ein nachhaltiges Vorbild: 92,5 Prozent des Energieverbrauchs für die Beheizung des Krankenhauses stammen aus **erneuerbarer Energie**. Auch das ist zukunftsweisend.

Die Sicherung des Bedarfs an Fachkräften ist vor allem im Gesundheitsbereich von großer Bedeutung. Als Lehrkrankenhaus der Universitäten Wien, Graz und Innsbruck bietet das Krankenhaus Dornbirn ein breit gefächertes Ausbildungsspektrum in den unterschiedlichen Fächern und Ausbildungsplätze im Bereich Allgemeinmedizin. Kooperationen mit den Vorarlberger Landeskrankenhäusern ergänzen die medizinische Ausbildung. Die Ausbildungsstellen sind aktuell alle besetzt.

Auch in der Ausbildung von Pflegefachkräften sind wir stark. In der Pflege absolvieren während des Jahres rund 250 Auszubildende aus den Krankenpflegeschulen und der Fachhochschule ihr Praktikum in unserem Krankenhaus. Mit Jänner geht das **Ausbildungszentrum Gesundheit Vorarlberg**, das in diesem Jahr von der Stadt Dornbirn und der Krankenhausbetriebsgesellschaft gemeinsam gegründet wurde in Betrieb. Die Ressourcen aller Krankenpflegeschulen in Vorarlberg werden darin gebündelt und Synergien genutzt.

Im Zuge der Pensionierungen von Allgemeinmediziner:innen in Dornbirn ist es zunehmend schwierig diese Kassenstellen nachzubesetzen. Eine ähnliche Situation hat im Kinderärzteebereich vor zwei Jahren dazu geführt, dass wir zusammen mit dem Arbeitskreis für Vorsorgemedizin (aks) das Kinderärzteezentrum in der Kreuzgasse eingerichtet haben, welches inzwischen hervorragend läuft. Deshalb ist nach diesem Vorbild ein **Ärztzentrum für Allgemeinmedizin** in Zusammenarbeit mit zwei Allgemeinmediziner:innen, vier Jungärzt:innen und dem aks in Planung.

Mit Beginn des neuen Jahres geht die **Pflege und Sozialdienste Dornbirn GmbH** in Betrieb. In dieser Gesellschaft sind die beiden Pflegeheime Höchststraße und Birkenwiese, die beiden Seniorenhäuser Thomas-Rhomberg-Straße und Birkenwiese, die Seniorenwohngemeinschaft Schlossgasse, die Gerontopsychiatrische Tagesbetreuung und Essen auf Rädern zusammengeführt. Mir ist es an dieser Stelle wichtig, zu betonen: Die Gesellschaft bleibt zu 100 Prozent im Eigentum der Stadt. Das bedeutet, für die Pflegekräfte und für die Bewohner:innen ändert sich im Alltag kaum etwas. Allerdings eröffnet die Gesellschaft die Möglichkeit einer flexibleren und effizienteren Führung.

Wie in ganz Österreich ist auch in Dornbirn das Gewinnen und Halten von **Pflegekräften** eine große Herausforderung. Ein interdisziplinäres Team setzt in einer **Personaloffensive** Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung und Mitarbeitergewinnung. Zudem gehen wir mit der qualifizierten Zuwanderung von ausgebildeten Fachkräften in Dornbirn Richtung Zukunft. Wir freuen uns, dass wir im Herbst acht Pflegestellen neu besetzen konnten. Unter dem Dornbirn-Slogan „Pflege bewegt“ möchten wir Menschen für den Pflegeberuf begeistern. Danke an alle Mitarbeitenden in Gesundheit und Pflege, die vor allem in den letzten drei Jahren unglaublich viel leisten mussten.

Den größten Anteil der Pflege und Betreuung leisten **Familienangehörige** mit Unterstützung von Krankenpflegeverein und Mobilem Hilfsdienst zu Hause. Dieses oft ungesehene Engagement der pflegenden Angehörigen ist von unschätzbarem Wert für unsere Gesellschaft. Die pflegenden Angehörigen, die Alleinstehenden und die älteren Menschen mit Migrationsbiografie rücken im kommenden Jahr besonders in den Fokus: Mit dem EU-geförderten Modellprojekt „Community Nursing“ sind Vortragsreihen, Workshops, Präventionsangebote und vieles mehr geplant. Damit soll die Gesundheitskompetenz unserer Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden.

Erste Anlaufstelle für Menschen, die in Pflegesituationen kommen, sind und bleiben die **Pflegeservice-Stelle und die Case Managerinnen** im Rathaus. Sie kommen vor Ort und informieren, beraten, organisieren, koordinieren und vernetzen Unterstützungs- und Pflegeangebote.

Rund 9.000 Dornbirner:innen sind 65 Jahre oder älter. Davon leben 2.700 Personen alleine. Diese Zahl wird sich bis zum Jahre 2050 um rund 50 % erhöhen. **Gesundheitsförderung durch gesellschaftliche Teilhabe** ist eines unserer Ziele. Daher wird die Förderung von bestehenden ehrenamtlichen Strukturen wie Radeln ohne Alter, Seniorenbörse und Seniorentreffpunkte fortgesetzt und weitere Möglichkeiten zum gesellschaftlichen Engagement für Senioren entwickelt. Damit soll auch drohender Einsamkeit und Armut im Alter entgegengewirkt werden.

Das **Zusammenleben** der Menschen aus 118 verschiedenen Nationen und der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserer Stadt hängen wesentlich davon ab, wie sehr sich die Menschen kennen und miteinander in Beziehung kommen. Gegenseitiges Kennenlernen hilft Vorurteile und Ressentiments abzubauen und fördert ein freundliches Klima. Verschiedene Formen von möglichst

niederschweligen Begegnungsmöglichkeiten bieten Gelegenheit dazu. Neben den bewährten Sprachförderangeboten zu Erleichterung der Integration Neuzugezogener forciert und entwickelt die Stadt daher Formate für die Bevölkerung, wie beispielsweise Tischgruppen-Treffen oder offene Begegnungsräume für unterschiedliche Herkunftsgruppen um in Kontakt zu kommen.

Flucht und Asyl

In Dornbirn leben aktuell ca. 1.700 Menschen aus 34 Ländern mit Fluchthintergrund - davon 240 ukrainische Vertriebene und 90 Asylsuchende.

Mit einem weiteren Anstieg von ukrainischen Vertriebenen in den Wintermonaten ist auf Grund der schwierigen Energiesituation in der Ukraine und den Nachbarländern zu rechnen. Zudem ist es zu einer drastischen Zunahme an Asylanträgen gekommen. Die Zahl der Asylsuchenden wird Ende dieses Jahres deutlich höher als im Jahr 2015 sein. Auch im Vergleich zu 2015 stellt sich damit ein wesentlich größeres Unterbringungsproblem für geflüchtete Menschen. Um hier bestmöglich zu unterstützen, haben wir an die 30 städtische Wohnungen für Geflüchtete der Caritas zur Verfügung gestellt.

Wir schätzen uns in Dornbirn glücklich, dass sich viele Menschen **ehrenamtlich engagieren**. Sie leisten einen sehr wichtigen Beitrag zur Lebensqualität in unserer Stadt. Sichtbar machen wir dieses freiwillige Engagement beispielsweise durch die Portraitserie „Lust auf Ehrenamt“ und wir unterstützen durch Beratung über passende Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement. Ohne ehrenamtliches Engagement wäre unsere Gesellschaft viel ärmer – daher einen herzlichen Dank an alle, die sich für andere in irgendeiner Form engagieren!

Kinderbetreuung

Mit dem neuen **Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz** werden wir zu den bestehenden Betreuungsplätzen weitere Gruppen benötigen, da wir einen Versorgungsauftrag in der Kinderbetreuung unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern haben. Wir investieren deshalb im kommenden Jahr erheblich in unsere Kindergärten: beispielsweise mit dem Neubau des Natur-Kindergartens Niederbahn, der Erweiterung des Kindergartens Wallenmahd und dem Bau der Kinderbetreuung Haselstauden. Das neue **Kinderhaus Haselstauden** wird bei der Eröffnung im September 2025 der erste Ganzjahreskindergarten mit acht Gruppen in Dornbirn sein. Der Neubau des **Naturkindergartens Niederbahn** startet im Frühjahr, übrigens mit Holz aus unseren eigenen Wäldern. Hier dürfen wir uns auf ein nachhaltiges Vorzeigeprojekt mit viel Natur freuen.

Eine große Herausforderung bei der elementaren Kinderbetreuung ist der aktuelle **Fachkräftemangel**. Im ganzen Land fehlen in allen Einrichtungsformen Personen, die über eine fachspezifische Ausbildung im Bildungsbereich verfügen. Hier gilt mein Dank allen Elementarpädagog:innen, die durch ihren Einsatz und der Bereitschaft, Verantwortung auch in schwierigen Zeiten zu übernehmen, eine wichtige Stütze für das Familien- und Zusammenleben in Dornbirn sind.

Aktuell werden 862 Kinder in 21 **Kinderbetreuungseinrichtungen**, 155 Kinder in Spielgruppen und 19 Kinder bei Tagesmüttern betreut. In den 20 **städtischen Kindergärten** werden aktuell 61 Kindergartengruppen mit 1.171 Kindern betreut. 238 Pädagog:innen und Assist:innen stärken und fördern die Kinder in den Bereichen Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz.

In allen Kindergärten wird das von der Stadt Dornbirn entwickelte **Sprachförderkonzept „Hast du Worte“** umgesetzt. Und auch das Kooperationsprojekt **„Elementare Musikpädagogik“** mit der Musikschule hat sich bewährt und findet auch im kommenden Jahr eine Fortsetzung in den Kindergärten Am Wall und Montfort.

Mit dem pädagogischen Schwerpunkt **„Kinderschutz und Kinderrechte“** wird 2023 in Kooperation mit der Fachgruppe Kinderschutz Vorarlberg ein wichtiges Thema in den Fokus der täglichen Arbeit im Kindergarten gestellt werden. Gezielte Bildungsformate und das Sichtbarmachen von Netzwerken sollen den Pädagog:innen und Assistent:innen zukünftig Sicherheit in der Arbeit mit den Kindern und den Familien geben.

Schulen in Dornbirn

Die Stadt Dornbirn ist Schulerhalter von 15 Volksschulen, 5 Mittelschulen, 1 Fachschule für wirtschaftliche Berufe (1- und 3-jährige sowie eine 5-jährige Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe mit Schwerpunkt Sozialmanagement), 1 Polytechnische Schule und 1 Allgemeine Sonderschule. Derzeit besuchen 3.901 Kinder und Jugendliche die Dornbirner Pflichtschulen. Aufgrund der steigenden Kinderzahlen und Anforderungen an den Lebensraum Schule werden wir auch hier in den kommenden Jahren erheblich investieren.

Mit dem derzeit größten Bauprojekt der Stadt, dem **Kinderhaus, der Turnhalle und dem Veranstaltungssaal** mit Tiefgarage und der Sanierung der Fachschule für wirtschaftliche Berufe schaffen wir im Bezirk Haselstauden ein neues Ortsteilzentrum. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren und zum Baustart wird im Jänner des kommenden Jahres ein Spatenstich erfolgen.

Im Februar des kommenden Jahres kann die neu aufgebaute **Ausweichschule Fischbach** wieder bezogen werden. Die Schule wurde zwar weitgehend wieder so errichtet, wie sie davor bestanden hat, mit einem zusätzlichen Stockwerk war es uns möglich, das Raumangebot um eine kleine Turnhalle zu ergänzen.

Ein weiteres Großprojekt ist der **Neubau der Volksschule Forach** aufgrund der gestiegenen Schülerzahlen. Nach Abschluss des Architektenwettbewerbs sind wir bereits in der weiteren Planung. Der in den vergangenen drei Jahren enorm gestiegene Baukostenindex macht dieses Projekt zu einer besonderen Herausforderung. Die Schule soll im Jahr 2026 fertiggestellt werden.

Im Rahmen eines **Kinderbeteiligungsprojektes** wurden mit den Schüler:innen der Volksschule Gütle Ideen für die Außenraumgestaltung der Schule erarbeitet, welche im kommenden Jahr umgesetzt werden. Zudem wird der **Ausbau der Digitalisierung** an den Dornbirner Pflichtschulen weiter vorangetrieben. Bis 2024 sollen alle Pflichtschulen über eine strukturierte Verkabelung und digitale Tafeln verfügen.

Präventionsangebote bei Kindern und Jugendlichen sind enorm wichtig um Familien frühzeitig zu unterstützen. Deshalb und aufgrund des steigenden Bedarfs haben wir uns im Sommer für eine flächendeckende Ausrollung der **Schulsozialarbeit** auf alle Volks- und Mittelschulen sowie auf die Allgemeine Sonderschule und die Polytechnische Schule entschieden. Wir investieren damit zusätzlich jährlich 150.000 Euro in die psychosoziale Gesundheit unserer Kinder. Aufbauend auf unseren Erfahrungen mit der Schulsozialarbeit startet 2023 das Pilotprojekt **„Kindergartensozialarbeit“** im Kindergarten Kastenlangen. Sowohl die personell angespannte

Situation in unseren Kindergärten, als auch die stetig steigenden gesellschaftlichen Herausforderungen zeigen die Notwendigkeit der fachlichen präventiven Arbeit in diesem Bereich.

Schülerbetreuung

16 Schulstandorte bieten in Dornbirn eine Schülerbetreuung an; 6 davon als Ganztagschule in verschränkter Form. Aktuell nehmen 1.394 Kinder das Angebot der Schülerbetreuung an. Im Frühjahr 2022 startete die **Konzepterarbeitung in der Schülerbetreuung** im Rahmen eines partizipativen Prozesses. Ziel ist dabei die ständige Qualitätsverbesserung.

Der **Ferienklub** im Sommer und Herbst, welcher Schulkinder von 6 bis 14 Jahren betreut, wird aktuell von 326 Kindern genutzt. Die zusätzliche Angebotspalette, wie z.B. Aktivtage mit den Naturführer:innen der Inatura oder das Künstler-Malprojekt Egmont wurde um die Zusammenarbeit mit den digitalen Initiativen erweitert und schaffte so Kindern neue Einblicke in den MINT-Bereich.

Familientreffpunkte und Familienzentrum Treffpunkt an der Ach

Die Familientreffpunkte an den Kindergärten der Stadt Dornbirn und das Familienzentrum Treffpunkt an der Ach sind lebendige, niederschwellige, konsumfreie Begegnungsorte mit Willkommenskultur. Mit dem neuen Familientreffpunkt im Kindergarten Niederbahn, der heuer eröffnet wurde, verfügt die Stadt Dornbirn inzwischen über 19 Standorte.

Das **Familienzentrum Treffpunkt an der Ach** mit den sieben städtischen Spielgruppen bietet eine Fülle von Angeboten für Familien mit Kindern. Neben Elternbildungsangeboten, Stillberatung, Spieleverleih und Kasperle wird das **Familien-Café** im Treff von jungen Eltern, Babys und Kleinkindern gerne angenommen. Dieses findet regelmäßig auch mit Expert:innen des ifs oder Netzwerk Familie statt und schafft so einen niederschweligen Zugang zu den Unterstützungsangeboten der Stadt Dornbirn. Im Zuge der Weiterentwicklung wurde das Ferienprogramm erweitert und auch Angebote für Familien mit älteren Kindern geschaffen. Bei aktuellen Themen wird versucht, sofortige Unterstützung anzubieten, dies wurde bei der Eröffnung des ersten Ukrainer:innen-Treff im Familienzentrum gut sichtbar.

Dornbirn lässt kein Kind zurück

Das Leitbild und die Strategie für **Dornbirn lässt kein Kind zurück** setzt den theoretischen Rahmen und die Grundwerte und -haltungen dieses langfristigen Vorhabens. Darin sind strategische Ziele und Maßnahmen festgehalten, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden. Verschiedene Angebote wie die **Freizeitliste für Familien** oder die Aktion „**#jedemKindeinBaum**“, sind ebenfalls aus dieser Strategie entstanden.

Ein zentrales Vorhaben der Familienpolitik der kommenden Jahre ist die Sensibilisierung, Verankerung und bereichsübergreifende Zusammenarbeit der Stadtverwaltung überall dort, wo es um Kinder und Familien geht. Durch den Aufbau von Präventionsketten und Netzwerken soll ein chancengerechteres Aufwachsen aller Kinder in Dornbirn ermöglicht werden. Zu diesem Zweck wurde eine **abteilungsübergreifende Fachgruppe** gebildet, die ab Jänner im Sinne von „Dornbirn lässt kein Kind zurück“ oder „Unsere Stadt für unsere Kinder“ operativ tätig wird.

Ein besonderes Highlight in der Familienarbeit ist das neue „**Mitmachbuch**“, das 2023 erscheinen wird. Damit werden die Kinder beim Übergang vom Kindergarten in die Volksschule begleitet. Mit dem Buch „**Birni entdeckt die Schule**“ wird mit den Kindern im letzten Kindergartenabschnitt und am Beginn der Schulzeit intensiv gearbeitet.

Das **Spielefest** konnte heuer nach zweijähriger Pause wieder durchgeführt werden. Wie immer war diese Veranstaltung ein Magnet für Familien. Rund 500 Ehrenamtliche aus 45 Vereinen und Organisationen waren an diesem Tag im Einsatz.

Die Seminarreihe „**Fit für Familie**“ bleibt weiterhin ein wesentlicher Bestandteil der Elternbildung.

Kultur und Weiterbildung

Unsere Aufgabe in der Kultur und Weiterbildung ist es, hier in Dornbirn in den unterschiedlichsten Sparten ein möglichst breit gefächertes, generationenübergreifendes Kulturangebot zu fördern und zu gewährleisten.

Dies geschieht einerseits durch unsere **städtischen Kultureinrichtungen** wie Stadtbibliothek, Stadtmuseum, Stadtarchiv, Musikschule und Jazzseminar, inatura und die städtische Kulturabteilung mit dem FLATZ Museum, aber auch durch die **traditionellen Vereine** wie Blasmusiken und Chöre, durch Institutionen wie der Spielboden mit dem „tanz ist-Festival“ und das „aktionstheater“, der Kunstraum Dornbirn, das Vorarlberger Architektur Institut, das Montagsforum oder auch Konzertveranstalter wie das Conrad Sohm oder „die wirtschaft“. Zu einer weiteren wichtigen Einrichtung für den Kulturbereich ist auch die CampusVäre mit ihren vielfältigen Aktivitäten gewachsen.

Die **CampusVäre** hat mit der Gründung der Gesellschaft in diesem Jahr als Standort für Kreativwirtschaft, Innovation, Bildung, Forschung, Digitalisierung und Kultur mit überregionaler Strahlkraft Fahrt aufgenommen. Themenschwerpunkte sind unter anderem das New European Bauhaus, Kreislaufwirtschaft und regionale Wertschöpfungsketten. Zudem wurde ein Call für künftige Mieter:innen, der Bedürfnisse und Wünsche an die Gestaltung dieser kreativen und innovativen Räume abfragt.

Im kommenden Jahr konzentriert sich die CampusVäre auf den Umbau der Hallen und die Vorbereitungen auf den Betrieb in den neuen Hallen ab 2024. Zudem finden wieder Projekte und öffentliche Veranstaltungen statt wie etwa die Creative Week Austria, Ausstellungen mit dem Designforum oder in Kooperation mit Double Check ein Kulturabo für Schulklassen.

In der **inatura** wurden in den vergangenen Jahren schrittweise die verschiedenen Bereiche der Dauerausstellung erneuert. Aktuell läuft eine Sonderausstellung zum Thema „Bodensee“. Die **Stadtbibliothek** ist mit dem Neubau und den damit verbundenen zusätzlichen Angeboten noch attraktiver geworden. Im Schnitt nutzen täglich rund 400 Besucher:innen diese wichtige Bildungs- und Kultureinrichtung. Mit dem Projekt „UM Lesen“ sollen im kommenden Jahr verstärkt bildungsferne Menschen angesprochen werden. MINT- und Makerspace-Angebote sowie Workshops zu Faktenchecks und Internet-Sicherheit stehen regelmäßig auf dem Programm.

Bei der bis April verlängerten „Dirndl“-Ausstellung im **Stadtmuseum** lag im laufenden Jahr der Schwerpunkt bei museumspädagogischen Programmen mit Schulklassen und Kindergärten. Erst vor kurzem feierte unser Museum sein 25-jähriges Bestehen. Das Generalthema wird für die kommenden Jahre „Erbe & Erben“ sein, ein neu gegründeter Museumsverein wird die Kultureinrichtung begleiten und unterstützen. Die kommenden Ausstellungen beschäftigen sich mit dem Haus der jungen Arbeiter und Kaplan Bonetti sowie im Herbst mit dem „NS-Erbe in Dornbirn.“

Im **Stadtarchiv**, bei der **Kulturabteilung** und der **Stadtplanung** steht im kommenden Jahr die Umsetzung des Industriepfades „**Stadtspuren. Industrie und Wandel**“ zur Industriekultur im Stadtraum auf dem Programm. Dabei werden 15 Stationen entlang der Dornbirner Ach und dem Müllerbach Dornbirner Industriegeschichte modern erlebbar machen. Die Eröffnung ist für das Frühjahr geplant.

An der städtischen **Musikschule** und im **Jazzseminar** werden aktuell rund 2.430 Schüler:innen unterrichtet. Die traditionellen Neujahrskonzerte des Jugendsinfonieorchesters gehören zu den Highlights im Dornbirner Kulturleben. Die Programm-Planung für 2023 zeigt die ganze Musikschul-Bandbreite als Leistungsschau auf: Sommerkonzerte, Schlusskonzerte, Neujahrskonzerte, Tanzportal, und der „Ganz kleine Zirkus“.

Die Konzertsaison „**Dornbirn Klassik**“ konnte bereits im Herbst mit drei Konzerten starten, die begeistert aufgenommen wurden. Sehr gut angekommen ist auch - nach mehr als dreijähriger Pause - der Dornbirner **Ateliertag „Offenraum“**, der wieder im 2-Jahres-Zyklus stattfinden soll. Ein ganz besonderes Ereignis ist der „**Schultheatertag**“ mit zahlreichen Beteiligten aus den Dornbirner Schulen. Seitens der Kulturabteilung sind für das kommende Jahr zwei Wechsel-Ausstellungen mit dem in der Region einzigartigen Schwerpunkt Fotokunst im **FLATZ Museum** geplant

Jugend

Seit mehr 30 Jahren wirkt die Dornbirner **Jugendarbeit** weit über die Grenzen hinaus und gilt als Leuchtturmprojekt für andere Städte und Gemeinden im deutschsprachigen Europa. In der aktuellen Jugendstudie wurden Themenbereiche wie Aus- und Weiterbildung, Wohnen und Unterkunft, Arbeit und Beruf, Gewalt und Gleichberechtigung/Chancengleichheit als wichtigste Bereiche für die kommenden Jahre genannt. Im **Jugendnetzwerk** stehen die Themen Umwelt und Klimaschutz, Gesundheit, Bewegung und Jugendbeteiligung im Mittelpunkt. Im kommenden Jahr ist die Umsetzung einer zumindest mittelfristigen Möglichkeit für die **Skater:innen** im ehemaligen Schlachthof geplant.

In Kooperation mit dem Jugendnetzwerk wird erstmals ein „**Jugendklimarat**“ installiert, durch den sich Jugendliche aktiv unter dem Motto „Global denken, lokal handeln“ einbringen können.

Sport und Freizeit

In Dornbirn sind aktuell 115 Sportvereine mit rund 17.300 aktiven Sportlerinnen und Sportlern beheimatet. Sie bieten der Bevölkerung mehr als 65 verschiedene Sportarten an. Insbesondere für Kinder und Jugendliche gibt es in Dornbirn ein äußerst vielfältiges Sportangebot. Mit der allgemeinen **Sportförderung** und der Möglichkeit der Unterstützung für Investitionen fördert die Stadt dieses aktive Vereinsleben. Darüber hinaus engagiert sich die Stadt bei der Schaffung neuer **Infrastruktur**; beispielsweise den Bewegungs- und Laufangeboten im Umfeld der Achauen.

Nachhaltigkeit und Klimaschutz

Die erneute Auszeichnung der Engagements der Stadt zum **Klimaschutz** mit dem „European Award“ in Gold im Herbst dieses Jahres ist erfreulich und zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Seit mehr als 25 Jahren investieren wir in erneuerbare Energie, modernisieren unsere Gebäude auf höchste Energiestandards und motivieren die Bevölkerung und die Wirtschaft uns auf diesem Weg zu begleiten. Schon heute ist der Anteil an erneuerbaren Energiequellen für den

städtischen Bedarf überdurchschnittlich hoch. Trotz dieser sehr guten Bilanz, auf die wir durchaus stolz sein dürfen, ist es noch ein weiter Weg, unsere Stadt klimaneutral zu gestalten.

Mit dem **Energie- und Umweltprogramm** definieren wir unsere Ziele aber auch die konkreten Maßnahmen, die wir umsetzen wollen. Im kommenden Jahr wollen wir dieses Programm erweitern. Die Energie- und Klimaschutzziele sollen mit den digitalen Zielen zur „**Smart Green City**“ zusammengeführt werden mit dem Gesamtziel, die Lebensqualität und die Teilhabe der Bürger:innen zu verbessern und den Ressourcenverbrauch zu minimieren. Letztlich kommt es darauf an, was konkret passiert und diese Maßnahmen sollen engagiert umgesetzt werden. Neben den laufenden Projekten zum Klimaschutz werden wir im kommenden Jahr rund 1,9 Millionen Euro für zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen investieren. Insgesamt sind für verschiedenste Maßnahmen im Bereich **Klimaschutz und Energieeinsparungen** ca. 5,7 Millionen Euro vorgesehen, also 1 Million mehr als heuer.

Eine wichtige Grundlage wird dazu der neue **Energiemasterplan** bilden. Eine detaillierte Analyse der Energiesituation für das gesamte Stadtgebiet wurde heuer erarbeitet. Nun gilt es, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen und die strategischen Ziele für die Zukunft sowie die entsprechenden Maßnahmen zu erarbeiten. Um der Bedeutung des Themas gerecht zu werden, stocken wir auch die personellen Ressourcen auf. Ein neuer, fachlich versierter Energiemanager soll uns ab dem Frühjahr bei der Umsetzung unterstützen.

Zum Klimaschutz gehört auch ein attraktiver Ausbau der **öffentlichen und der klimaneutralen Mobilität**. Im Radwegenetz werden weitere Lücken geschlossen und die Angebote für Radfahrende in und rund um die Stadt ergänzt. Das städtische **Mobilitätsmanagement** ist Vorbild für viele andere Einrichtungen und Betriebe. Hier werden die Mitarbeitenden der Stadt motiviert, öffentlich, mit dem Fahrrad oder zu Fuß zur Arbeit zu kommen,

Auch der **Stadtbus** wird weiterentwickelt. Die mit dem letzten Fahrplanwechsel umgesetzte Linie 14 zur Erschließung des Betriebsgebietes Wallenmahd wurde sehr gut angenommen. Die Fahrgastzahlen liegen deutlich über den Erwartungen was einmal mehr auf die Bedeutung aber auch auf den Erfolg der bisherigen Bemühungen hinweist. Für das kommende Jahr ist ein weiterer großer Meilenstein geplant. Mit dem Fahrplanwechsel im nächsten Dezember wird erstmalig das Gebiet westlich der Bahn im Stadtteil Schoren mit dem Stadtbus erschlossen.

Bei der **Straßenbeleuchtung** liegt das Energiesparpotential in der technischen Modernisierung der Infrastruktur. Hier wurde bereits in den Vorjahren begonnen, die Anlagen zu erneuern. Parallel dazu laufen die Vorbereitungen zur Umstellung der gesamten Straßenbeleuchtung auf LED – Technik.

Die öffentlichen **Grünräume** haben bei der Anpassung an den Klimawandel eine bedeutende Rolle. Jährlich werden von der Stadt rund 500 neue Bäume gepflanzt oder über verschiedene Aktionen zur Verfügung gestellt. Dazu gehören die Hochstammaktion, das Projekt „#jedemkindeinbaum“ aber auch die Ergänzung des bestehenden Baumbestands durch die Stadtgärtnerei. Mit einem weiteren Projekt begrünen wir die Dächer der städtischen Gebäude und unsere Stadtgärtner wollen im kommenden Jahr mit zusätzlichen Blühflächen die Biodiversität in unserer Stadt weiter ausbauen.

Stadtentwicklung

Der Vorentwurf zum **Stadtentwicklungsplan** wurde fertiggestellt und wurde für eine Vorbegutachtung durch die Bevölkerung zur allgemeinen Einsichtnahme aufgelegt. Im Frühjahr des kommenden Jahres soll der Entwurf vorliegen und das formale Verfahren gestartet werden.

Für den **Bahnhofsbezirk** liegt eine Quartiersbetrachtung vor. Sie ist eine wichtige Basis für die notwendige Weiterentwicklung. Da der ÖV-Knotenpunkt an seine Grenzen stößt, sind hier Verbesserungen erforderlich. Auch die Überlegungen des Landes, im Bahnhofsquartier eine neue Bezirkshauptmannschaft zu errichten, erfordern zusätzliche Betrachtungen zur Quartiersentwicklung.

Mit der Quartiersplanung im Sägenareal wurde die Grundlage geschaffen, um den **Wissens- und Innovationsstandort Campus V** weiter zu entwickeln. Die vor rund zwei Jahren im Baurecht erworbenen Grundflächen bilden ein wichtiges Potential für die Weiterentwicklung des Standorts rund um die Fachhochschule.

Infrastruktur

Nach der Fertigstellung der **Autobahnanschlussstelle Dornbirn Süd** konnte Ende dieses Jahres auch der Radweg nach Lustenau für den Radverkehr freigegeben werden. Ein Meilenstein und lang ersehnter Wunsch der Bevölkerung kann nun umgesetzt werden.

Im Naherholungsgebiet Staufensee-Rappenloch laufen die Arbeiten auf Hochtouren. Die neue Brücke soll bis zum Sommer des kommenden Jahres fertig gestellt sein. Auch die nach den beiden Felsstürzen und Nachsprengungen notwendige Räumung im Bachbett wird bis dahin abgeschlossen sein. Anschließend wird mit der Räumung des Staufensees begonnen. Mit diesem Projekt sichern wir die Zufahrt für unser Walserdorf Ebnit, und einen für die Bevölkerung wichtigen Naherholungsraum.

Ein wesentlicher Bereich der städtischen Infrastruktur befindet sich im Untergrund unserer Stadt. Das **Kanalnetz** erstreckt sich über rund 305 Kilometer; 98% des Gemeindegebiets sind daran angeschlossen. Der Schwerpunkt bei der Kanalisierung liegt mittlerweile nicht mehr beim Neubau, sondern bei der Instandhaltung und beim Austausch bestehender, schadhafter Leitungen. Mit einem umfassenden Kanalmanagement wird das Netz derzeit flächendeckend untersucht, um den Sanierungsbedarf für die kommenden Jahre feststellen zu können. Kleinere Reparaturen werden dabei sofort erledigt.

Vom **Jahrhunderthochwasser** im August dieses Jahres wurde auch Dornbirn nicht verschont. Dank zahlreicher Schutzbauten, die in den vergangenen Jahren saniert oder neu gebaut wurden, kam es in diesen Bereichen kaum zu Schäden. So hat beispielsweise die Hochwasserentlastung vom Steinebach über den Zanzenbergstollen bestens funktioniert und es kam zu keinen Überflutungen am Unterlauf des Fischbaches. Durch die Ausbaumaßnahmen und Ufermauersanierungen an der Dornbirnerach kam es auch dort im Stadtgebiet zu keinen Schäden. Es hat sich gezeigt, dass zukünftig weiter in den Unterhalt und Ausbau der Gewässer, insbesondere des Haselstauderbaches, investiert werden muss. Ein Ausbau- und Renaturierungsprojekt am Vorderachgraben soll schon nächstes Jahr umgesetzt werden und den Anrainer:innen mehr Schutz vor Hochwasserereignissen bringen.

Das Leitungsnetz für die **Trinkwasserversorgung** wird laufend in Stand gesetzt und dort wo es notwendig ist, auch erneuert. Bauprojekte sind im kommenden Jahr in Stiglingen und bei der Josef-Ganahl-Straße geplant. Zusätzlich beginnen im kommenden Jahr die Arbeiten am Pumpwerk Ebnet. Auch im Wasserwerk sind Maßnahmen im Rahmen des Blackout-Projekts und eine Photovoltaik-Anlage vorgesehen. Ergänzend dazu werden im kommenden Jahr weitere Betriebe der **kritischen Infrastruktur** mit Notstromaggregaten ausgestattet; beispielsweise der Werkhof, die Straßenmeisterei und das städtische Heizwerk an der Gütlestraße.

Auch die Umstellung des Fuhrparks auf **klimaschonende Kommunalfahrzeuge** wird fortgesetzt. Dort wo es möglich ist, werden bei Ersatzbeschaffungen emissionsfreie Antriebe eingesetzt. Ebenso wird die Standortsuche für ein neues **Altstoffsammelzentrum** im nächsten Jahr konkretisiert.

Die **Betriebe und Gesellschaften**, an denen die Stadt direkt beteiligt ist, haben sich nach den schwierigen Jahren der Pandemie heuer großteils neu aufgestellt und gezeigt, dass sie durchaus krisenfest sind. Dies betrifft sowohl die Sport- und Freizeitbetriebe GmbH (Stadtbad und Waldbad Enz), die Dornbirner Seilbahnen AG, die Kulturhaus Dornbirn GmbH, Dornbirn Tourismus und Stadtmarketing, die Kletterhalle, die inatura und die Messe Dornbirn GmbH. Sie schaffen damit nicht nur attraktive Angebote für die Bevölkerung, sie sind auch ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens in unserer Stadt.

Hohe Stadtvertretung,

selten zuvor, war die Erstellung eines Budgets so herausfordernd wie heuer. Enorme **Kostensteigerungen** aufgrund der anhaltend hohen Inflation, ein nahezu explodierender Baukostenindex und Energiepreise, deren Umfang wir uns nicht einmal vorstellen konnten, mussten im Budget eingeplant werden. Es war deshalb wichtig, die für eine positive Entwicklung unserer Stadt notwendigen finanziellen Spielräume durch erhebliche Einsparungen bei den laufenden Kosten zu sichern.

Dabei galt es, eine **gute Balance** zu finden: zwischen unbedingt notwendigen Aufgaben, Angeboten, die für die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger wichtig sind sowie Projekten und Leistungen, die zumindest vorerst zurückgestellt werden konnten. Dieser Schritt war notwendig und eine wichtige Voraussetzung dafür, dass wir der Stadtvertretung heute ein ausgeglichenes und zukunftsorientiertes Budget vorlegen können.

Ich möchte mich bei allen, die den vorliegenden Voranschlag in den vergangenen Monaten gemeinsam erarbeitet haben, herzlich bedanken. Vor allem auch für die Bereitschaft, das Gesamtwohl der Stadt im Auge zu behalten und dabei eigene Interessen zurückzustellen. Die Bereitschaft, in schwierigen Zeiten Kompromisse einzugehen, macht unsere Stadt aus. Wir diskutieren und beschließen heute einen stimmigen Voranschlag, der unsere Stadt für unsere Bürgerinnen und Bürger positiv weiterbringen wird.

Bedanken möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen in der Stadtregierung, bei den Mitarbeitenden unserer Verwaltung für die vielen konstruktiven und mitunter auch kreativen Vorschläge, der Personalvertretung und bei den Mitarbeitenden der Finanzverwaltung – allen

voran Guntram Mathis und Peter Johler, die nicht nur den Überblick bewahrt haben, sondern vor allem durch zahlreiche Gespräche zur Entstehung dieses Budgets maßgeblich beigetragen haben.

Herzlichen Dank!“

Stadträtin Dr. Juliane ALTON gibt namens der Fraktion „Dornbirner Grüne – die offene BürgerInnenliste“ folgende Äußerungen zum vorliegenden Voranschlagsentwurf 2023 ab:

„Geschätzte Dornbirnerinnen und Dornbirner und alle, die in Dornbirn leben, werte Mitglieder der Stadtvertretung, meine Damen und Herren!

Die Frau Bürgermeisterin hat uns unsere Stadt jetzt in den hellen, den guten, den schönen Farben geschildert. Ich habe das gerne gehört, und das gibt mir jetzt die Möglichkeit, über das zu sprechen, was mir Sorgen bereitet.

Ich mache mir Sorgen. Nicht zum ersten Mal, doch jetzt beträchtlich mehr als in den früheren Jahren. Seit 2010 bin ich nun – in unterschiedlichen Funktionen „dabei“ und durfte auch die Sparbemühungen von 2015 miterleben und daran mitwirken. Aus Sicht der Balance von Einnahmen und Ausgaben, von Tilgungen und Schuldenstand war die Situation damals nicht unähnlich.

Es ist nicht so sehr die unsichere wirtschaftliche Lage, die mir Sorge verursacht. Denn die 50.000 Menschen in unserer Stadt können gemeinsam viel bewegen und viel erwirtschaften – zusammen mit den Nachbargemeinden, mit allen im Land, in der Republik und mit all unseren weltweiten Vernetzungen.

Mit dem nun vorliegenden Voranschlagsentwurf aber werden wir uns, wenn er so beschlossen wird, auf Jahre und Jahrzehnte hinaus fesseln. Fesseln an wuchtige, kostspielige Bauprojekte, deren Kosten uns den Spielraum nehmen, um viele notwendige und nützliche Vorhaben zu verwirklichen. Vorhaben, deren Zustandekommen für unsere Zukunft entscheidend sein werden.

Immer die **Luxusvariante**?

Es gibt ein Problem, auf das ich hinweisen möchte, von dem ich hoffe, dass wir es hinter uns lassen, aber das ich hier noch einmal aufgreifen muss. Ein Problem, das wir uns mit diesem – und leider schon mit dem letzten Voranschlag schaffen, ist folgendes: Einige hier wollen, wenn es ums Bauen geht, stets die Luxusvariante haben – was immer sie kostet. Dabei geht es gar nicht so sehr um Raumprogramme, denn auf die können wir uns meistens einigen. Sondern es geht um architektonische Ideen, um Standorte, um Kubaturen, Materialien, Leider steht bei einem solchen Beschluss ja nicht dabei, worauf wir deshalb verzichten müssen. Ich nenne einige Beispiele für den Hang zur Luxusvariante:

1. Die **Messehallen 9 – 12** mit den roten Ellipsen wurden 2015 beschlossen, dafür müssen laufend Kredite bedient werden. Wir Grüne haben uns damals für einen weniger kostspieligen Neubau der Hallen ausgesprochen.

2. Die **Halle 5 in der Sportzeile** sollte gemeinsam mit dem Land um 6 Mio Euro saniert werden. Das hätten wir mitgetragen. Geworden ist es ein Neubau um 12 Mio, für den wir und das Land laufend Kredite bedienen.
3. Dass wir Ersatz für die eingestürzte **Rappenlochbrücke** benötigen, ist unbestritten. Wir haben uns für eine einfache, Stahlbrücke um 2,5 Mio ausgesprochen, die im Übrigen jetzt bereits fertig wäre (wie schnell das gehen kann, haben wir bei der Senderbrücke gesehen). Nun wird an einer kostspieligen Betonskulptur gebaut, und das noch eine ganze Weile und um viel höhere Kosten.
4. Die **Zentrumsbebauung Haselstauden**, die letztes Jahr im November hier beschlossen wurde, ist die kostspieligste dieser Entscheidung, der wir vergeblich mit besseren Vorschlägen entgegengetreten sind. Es ist unbestritten, dass wir dort die Volksschule erneuern mussten, das haben wir mitgetragen, obschon wir auch da eine Variante in einfacherer Bauweise und mit weniger Beton im Außenraum vorgezogen hätten. Doch war es aus unserer Sicht ein Fehler, die erst 25 Jahre alte Turnhalle abzureißen, deren Sanierung nicht einfach, aber doch möglich und kostengünstiger gewesen wäre als ein Neubau.

Die **Turnhalle** war ein ansprechendes Bauwerk, und sie stünde den Kindern jetzt bereits zur Verfügung, wenn wir sie saniert hätten. Einen Kindergarten brauchen wir dort, doch hätten wir dafür die ehemalige Volksschule (mittlerweile abgerissen) erweitert und umgebaut. Wir hätten ihn bescheidener dimensioniert und die Kinderbetreuungsstätten besser über Haselstauden verteilt und damit für die Familien wohnort-näher angelegt. Vielen wäre dadurch ein weiter Weg und die Überquerung der unwirtlichen und gefährlichen Landesstraße erspart geblieben.

Auf eine 36-plätzig **Tiefgarage** hätten wir ebenso wie auf einen Veranstaltungssaal für 400 Personen verzichtet. Tiefgaragen sind kostspielig, eine günstigere Hochgarage im Bereich des Bahnhofs Haselstauden hätten wir im Sinn der Verkehrsberuhigung vertreten können. Doch Autoverkehr in ein Dorfzentrum zu ziehen und damit das „Elterntaxi“ zu fördern, halten wir für falsch. Der Bedarf für eine neue Veranstaltungshalle wurde nie erhoben. Die Turnhalle, gern auch mit kleinräumigen Erweiterungen für einen Küchenbereich, wäre für die größeren Veranstaltungen gut geeignet. Zusätzlich gibt es ja den durch städtisch Investitionen verbesserten Pfarrsaal, der für kleinere Veranstaltungen passend ist.

Die **Fachschule für wirtschaftliche und Sozialberufe** zu erweitern, ist zweifellos wünschenswert. Dafür den bestehenden Kindergarten zu verwenden ist auch eine gute Idee. Was uns bei diesem Projekt fehlt, ist der Bundeszuschuss. Denn wir bauen da auf städtische Kosten eine Bundesschule. Der Bund hätte zweifellos die Mittel, hier kräftig zu unterstützen, und darauf zu verzichten, indem das nicht vorab geklärt wird, halten wir für falsch. Im Ergebnis heißt das, wir bauen um 35 Millionen Euro, die wir wie üblich mit Krediten finanzieren, deren Zinsen im Steigen begriffen sind. Schon im jetzt vorliegenden Voranschlagsentwurf, steigen die Zinsen für Kredite um 1 Million, und dabei wird es wohl nicht bleiben.

Eine Zentrumsbebauung nach unseren Vorschlägen hätte unter 20 Millionen gekostet, nicht 35 Millionen und mehr. Und ein öffentlicher Spielplatz, gern mit gesichertem Zugang zum Haselstauder Bach, wäre auch noch drin gewesen. Ein solcher Spielplatz fehlt dort nämlich schmerzlich.

Ein Herzensanliegen war uns auch von Anbeginn die **Umgestaltung der Landesstraße**, wie sie einem Dorfzentrum entsprechen würde. Das nicht gleich mit zu denken, ist aus unserer Sicht ein schwerwiegender Fehler. Denn sie ist nach wie vor eine gefährliche Verkehrshölle. Jetzt ist ein Betrag von 40.000 EUR für diese Straße vorgesehen – aber hallo – das ist eine Landesstraße, das Land ist hier mit Planung und Umsetzung in der Pflicht und hätte dazu eigene Fachgrundlagen zu Begegnungszonen auf Landesstraßen.

Was wird uns fehlen, wenn wir so aufwändig bauen?

1. Es fehlt uns die **korrekte Instandhaltung** der über 200 städtischen Gebäude. Jeder Häuslebauer weiß, dass zeitgerechte Instandsetzung aller Gebrechen entscheidend ist für den Werterhalt von Bauwerken. Das gilt nicht nur für Kindergärten und Schulen. Das gilt auch für Kanäle, Brücken und Straßen. Auch wenn wir heuer anteilig mehr für Instandhaltung ausgeben, sind wir mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf nicht in der Lage, den Werterhalt voll abzusichern. Es kostet also später mehr.
2. Ich würde mir gerne gemeinsam mit dem Stadtratskollegium mehr Gedanken machen über die **Energieversorgung der Zukunft**. Wir sind der Überzeugung, dass Energie ebenso ein wie z.B. die Wasserversorgung zu den Gemeingütern gehört. Wir wollen die Menschen in Dornbirn mit ihren Sorgen über die Energieversorgung nicht allein lassen. Wir sollten uns überlegen – darüber besteht im Stadtrat Einigkeit – ob eigene Stadtwerke mit einem sorgfältig geplanten Aufgabenbereich ein richtiger Schritt wären. Eine solche Planung und Abwägung sehe ich im notwendigen Ausmaß nicht im Budgetentwurf.
3. Es fehlen uns Mittel, um den wichtigsten Verkehrsknotenpunkt des Landes, den **Bahnhof Dornbirn**, zum Stadtquartier und Bahnhof der Zukunft zu entwickeln. Es ist zwar ein Betrag dafür vorgesehen, doch fix gesetzt erscheint er mir nicht. Es wäre notwendig, die bisherigen Annahmen für den Bahnhof noch einmal anhand der städtischen Klimaziele und der aktuellen Entwicklungen zu überprüfen, um einen wirklich zukunftstauglichen Gesamtplan zu entwickeln und zu erarbeiten.
4. Es fehlt uns die **Erneuerung des bestehenden Verkehrskonzepts**, das aus 1993 stammt und 2012, also vor zehn Jahren, seine letzte Aktualisierung erfahren hat. Seit 2015 – solange bin ich jedenfalls damit befasst - versuchen wir in diesem Rahmen, sichere Schulwege zu planen, die von den Kindern allein und sicher bewältigt werden können. Darüber besteht Konsens, doch im Budget findet sich nur ein nicht fixierter Betrag in sehr geringer Höhe; und, wenn ich es richtig berechnet habe, ungefähr 1/6tel von dem beträgt, was im Budget für die Idee des Badeteichs veranschlagt ist. Das Thema Badeteich ist eine sehr schöne Idee, der wir uns nicht verschließen wollen, sofern sie nicht auf dem besten Acker der Stadt Dornbirn oder gar im Naturschutzgebiet umgesetzt werden soll. Es gibt dafür durchaus Flächen, wo dies realisiert werden kann, wenn man das möchte. Aber es ist nicht billig und ich bin der Meinung, solange zB so ein gravierendes Problem wie die Sicherheit der Schulwege, auf denen Kinder selbständig gehen können, nicht gelöst ist, muss man sich schon überlegen, welche Prioritäten man setzt.
5. Es fehlt uns die Umsetzung wichtiger Beschlüsse, die bereits gefallen sind. Zum Beispiel gibt es einen einstimmigen Beschluss im Dornbirner Umweltprogramm, dass Dornbirn sich als radfreundliche Gemeinde zertifizieren möchte. Die Gemeinden Bregenz, Hard, Lauterach, Wolfurt und Lustenau haben das mittlerweile geschafft. Dornbirn würde ausgezeichnet dazu passen, das Potenzial ist vorhanden. Der E5- Auditbericht empfiehlt es. Doch im Budget findet es sich nicht.

Die Umsetzung der Klimaziele braucht Mittel

Ganz allgemein ist das Klimathema ein Thema, das man sehr breit und umfassend denken und planen muss. Diese Planung und die Umsetzung der Maßnahmen benötigen Mittel. Wir dürfen nicht nur für unser Stadtgebiet planen. Im Rahmen des E5 Programms, das ein sehr gutes Programm ist, betrachtet die Stadt ihre Stadtverwaltung aber nicht das gesamte Stadtgebiet. Die Klimaziele, die wir beschlossen haben, gelten natürlich für das gesamte Stadtgebiet. Mit den CO₂ Absenkungsmaßnahmen konzentrieren wir uns auf das bewohnte Stadtgebiet, doch insgesamt von anstehenden Naturgefahren und Klimaveränderungen müssen wir uns auch zB dem Berggebiet widmen

Das ist aus vielerlei Gründen für unser **Fortkommen als Stadt** wichtig. Dornbirn hat erfreulich großen Waldbesitz, Jagden, Alpen, Tourismus- und Freizeiteinrichtungen, Wirtschaftswege und nicht zuletzt wichtige Naturschutzgebiete mit besonderen Schutzgütern. Sowohl im Talraum als auch im Schutzgebiet ist es wichtig, dass einmal alle Interessen auf den Tisch gelegt und in einer umsichtigen Abwägung Konzepte entwickelt werden, damit sich diese Lebensräume für Mensch, Tiere und Pflanzenwelt gedeihlich entwickeln können. Einschließlich der Wanderrouten für Luchs und Biber. Es gibt da eine Vielzahl von hinterfragenswerten Entwicklungen. Im Talraum wird jetzt gemeinsam mit Hohenems und Lustenau über die Entwicklung des gemeinsamen Riedgebiets nachgedacht. Das ist übrigens über Druck von ganz oben entstanden, nämlich durch den Verfassungsgerichtshof, der darauf bestand einige Missstände endlich anzugehen. Ich überlasse es Ihrer Phantasie, welche das wohl sein mögen. Insgesamt wäre das für unser Stadt- Berg- und Riedgebiet notwendig.

Doch wie sollen wir das angehen? Im Personalrahmenplan und im Voranschlagsentwurf ist weder letztes Jahr noch heuer die notwendige personelle Ausstattung vorgesehen. Die Umweltabteilung umfasst 1,5 Arbeitsplätze. Doch diese Arbeitskräfte gehen für Abfallwirtschaft, betriebliches Mobilitätsmanagement (=Ecopoints), Ökoprotit, Landwirtschaft, Jagd-, Alp- und Weggenossenschaften drauf. Alles wichtige Dinge, keine Frage, aber es ist nachvollziehbar, dass dann bereits die Koordination von Klimamaßnahmen Schwierigkeiten bereitet.

Im Bereich Klimaschutz warten wir auf die Umsetzung eines **Stadtvertretungsbeschlusses** vom 19. Juli, die ich im Stadtrat schon vergeblich eingemahnt habe. Kollege Aaron Wöllfling hat dazu die inhaltlichen Grundlagen geliefert. Und ich hoffe, dass sich jetzt jemand zuständig fühlt, den Beschluss auch umzusetzen.

Der Voranschlag umfasst 300 Seiten. Wie viele Seiten, schätzen Sie umfasst das Kapitel Umwelt bzw. Klimaschutz? Es handelt sich um 1 Seite mit 2x5 Zeilen. Im Umweltbereich sind 18.100 EUR, im Klimabereich 84.500 EUR vorgesehen. Nun weiß ich schon, dass die Bürgermeisterin von 5,7 Mio. EUR gesprochen hat. Diese sind an unterschiedlichen Stellen zu finden. Es stimmt natürlich, dass man die Umstellung der Beleuchtung auf LED als Klimaschutzmaßnahme sehen kann, dem möchte ich auch gar nicht widersprechen. Aber das sind die einfachen Maßnahmen, die, die man auf jeden Fall umsetzen muss, da sie einem so viel bringen und das sofort, insbesondere angesichts der Energiekosten und das war schon vor den Energiepreissteigerungen so. Das, worum wir uns bemühen müssen, ist das, was nicht ganz so einfach ist.

Es ist kein einziges der von mir bereits im August vorgeschlagenen Projekte zum Klimaschutz dabei. Einige davon sind auch im aktuellen E5-Audit mehrfach eingefordert und werden damit

hoffentlich als objektiv notwendig anerkannt. Auch im Audit findet sich z.B. der Vorschlag, den Themenfeldern Energie und Klimaschutz **mehr Ressourcen und Personal zuzuweisen**; oder Vereine als Multiplikatoren für das Klimabewusstsein in der Bevölkerung einzusetzen. Auf meine Vorschläge habe ich nicht einmal Antwort bekommen. Wie soll eine Fraktion wie die Grünen einen solchen Haushalt billigen können? Was ich mir wünsche, ist ein gemeinsam erarbeitetes Budget, und nicht, dass all das Genannte wird auf kleinstmöglicher Flamme oder gar nicht gekocht, während für Neubauten ein Riesenfunken lodert.

Eine große Anzahl an wichtigen und nützlichen Projekten wurden gegen Ende der Budgeterstellung durch die Rasenmähermethode minus 15% einfach aus dem Budget befördert – übrigens ohne Rücksprache mit mir als zuständiger Referentin bei Projekten in meinem Bereich.

Die Erstellung eines den Notwendigkeiten entsprechenden Budgets wäre unsere gemeinsame Aufgabe, koordiniert von der Finanzreferentin. Doch die Rasenmäher-Methode ist in meinen Augen eben kein wirksames Instrument der Finanzpolitik. Und **wirksame Klimapolitik ist kein Luxus**, sondern schiere Notwendigkeit und eine Überlebensfrage. Im Sinn unserer Kinder und Enkel müssen wir sie beherzt anpacken. Ich darf daran erinnern, wie wenig Zeit uns zur Verfügung steht auch in Bezug auf unsere eigenen Beschlüsse. Da müssen wir in acht Jahren einfach bei Emissionen von Null sein. Daran darf ich der Dringlichkeit wegen erinnern.

Es gibt aber auch **Grund für Zuversicht** – da möchte ich gerne einige Beispiele dafür nennen. Schon im Zusammenhang mit dem Bau der VS Forach haben wir die Hoffnung, dass wir so etwas entwickeln wie eine neue Kultur des Bauens: Einfachere Gebäude, weniger Kubatur, mehr eigenes Holz, Modulbauweise – wir wissen, wie es gehen kann. Die Hochbauabteilung hat sich auf den Weg gemacht. Wir Grüne haben eine wichtige Initiative gesetzt, um künftig keine falschen Anreize in Bezug auf die Baukosten zu bieten, und darauf dürfen wir auch stolz sein. Fixhonorare für Planungsaufgaben sind ein Gebot der Stunde, der Bund macht das schon lange so und es macht sich bezahlt. Bessere stadtplanerische Grundlagen werden für kostengünstiges Bauen aber auch notwendig sein. Gerade im Bereich der VS Forach sind die hohen Kosten ja nicht in dem zu erwarten, was wir sehen werden, sondern sie stecken im Boden.

Wenn wir es schaffen, im kommenden Jahr einen **Stadtentwicklungsplan** zu beschließen, in dem die aktuellen Siedlungsgrenzen eingehalten werden, wäre auch ein wichtiger Schritt getan. Im Entwurf schaut es noch nicht so aus. Laut Entwurf sind Wucherungen in Landwirtschaftsflächen, sogar auf besonders wertvollen Böden möglich. Doch wir geben die Hoffnung nicht auf, dass wir hier mehr Ehrgeiz entwickeln. Feldkirch etwa hat seit 1990 keinen Quadratmeter Bauland mehr gewidmet. Wir hoffen auch, dass unsere Landwirtschaftsreferentin Andrea Kaufmann ihre Aufgabe wahrnimmt: Die noch vorhandenen wertvollen Böden für die landwirtschaftliche Produktion zu sichern. Das wird wichtig werden.

Ich bin auch sehr zuversichtlich, dass wir uns mit einem unserer größten Energieverbraucher, mit der **Kläranlage**, auf den Weg machen können in eine energieneutrale Zukunft. Das geht nicht von heute auf morgen, das ist eine komplexe Aufgabe doch langfristig überaus lohnend.

Und wenn wir ernsthaft die Empfehlungen des E5-Audit-Berichts des heurigen Jahres angehen und umsetzen, ist auch einiges geschafft. Dazu gibt es in Wahrheit bereits einige Beschlüsse, die auf ihre Umsetzung warten, aber auch neue Projekte, in die wir schon ab heute gemeinsam unsere

menschliche Energie stecken sollten. Als Beispiel für neue Projekte, die der Auditbericht anregt, möchte ich Ihnen eine **Großwärmepumpe am Ablauf der Kläranlage** nennen für die Wärmeversorgung des Rohrbach. Ich darf versichern, dass wir Grüne uns auf jeden Fall engagieren werden – und gern gemeinsam mit Ihnen realisieren wollen.

Allen Mitarbeitenden in der Verwaltung und den Kolleginnen und Kollegen in der Politik danke ich für die Anstrengungen der Vergangenheit und gratuliere zu den erreichten Zielen.

Weiter voran kommen können wir am besten, wenn wir **Initiativen** der Menschen in unserer Stadt **aufgreifen, verstärken** und für die gemeinsamen fortschrittlichen Ziele die besten Rahmenbedingungen schaffen. Ich spüre da eine erfreuliche Bewegung in unserer Stadt. Da gibt es Menschen, die sich engagieren, da gibt es neue Gruppen, da gibt es Bewohner von Teilen der Stadt, die sich engagieren und etwas weiter bringen in einem klimaschützenden Sinn und dafür möchte ich mich auch bei allen zivilgesellschaftlich aktiven Dornbirnerinnen und Dornbirnern herzlich bedanken.

Und auf das Lob der Zivilgesellschaft passt jetzt – endlich – ein lyrischer Abschluss dieser Rede. Den verdanke ich der österreichischen Dichterin Elfriede Gerstl. In ihrem Gedicht „mein himmel“ schreibt sie:

himmel ist das festgeknüpfte netz
ähnlich denkender und fühlender
und das glück
ihm anzugehören

Vielen Dank“

Stadtrat Markus FÄSSLER gibt namens der Fraktion „Markus Fäßler und die Dornbirner SPÖ“ folgende Äußerungen zum vorliegenden Voranschlagsentwurf 2023 ab:

„Werte Stadtvertretung,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Eine kleine Anmerkung zu meiner Vorrednerin: Die Hallen 9-12 der Messe, da war die FPÖ gemeinsam mit der SPÖ dagegen, und bei den Grünen – und das möchte ich korrigieren – da hat ein Mitglied zugestimmt. Und zur Stahlbrücke – da reagiere ich gar nicht mehr darauf.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
werte Damen und Herrn von der Stadtvertretung,
geschätzte Dornbirnerinnen und Dornbirner!

Die Stadt Dornbirn steht, wie in den letzten Jahren, weiterhin vor schwierigen Herausforderungen: Nach der **Pandemie** sind es die **extremen Kostensteigerungen bei Gas und Strom**, verursacht durch den Ukraine Krieg. Die Stromkosten für die Stadt Dornbirn steigen ins Unermessliche. Allein im kommenden Budget wurde z.B. für die Straßenbeleuchtung eine Kostensteigerung um den

Faktor 5 von bisher rund 300.000.- Euro im Jahr auf 1.500.000.- Euro errechnet. Die gesamten Stromkosten der Stadt, ohne Spital und Pflegeheime, erhöhen sich im Jahr 2023 auf die gewaltige Summe von 5,67 Millionen Euro! Im Rechnungsabschluss 2021 hat die Stadt Dornbirn „nur“ 880.000.- Euro für Strom bezahlt. Die türkis-grüne Bundesregierung muss die Strompreise bis 2024 für die privaten Haushalte deckeln, da sich nur eine geringe Entspannung auf dem Strompreismarkt abzeichnet. Bereits im Mai 22 sind die durchschnittlichen Stromkosten um 50% für die privaten Haushalte gestiegen, mit April 23 wird dann die „Stromkostenbremse“ auch für die privaten Haushalte in Dornbirn schlagend. **Nicht nur für die Stadt auch für viele Dornbirner*innen bedeuten die extremen Mehrkosten bei Energie, trotz des Energiepreisdeckels, eine besondere Herausforderung, wie sie die Rechnungen bezahlen sollen.**

Für die Gemeinden in Vorarlberg gibt es keinen Strom- oder Gaspreisdeckel. Hier werden die Kosten für Gas und Strom mit voller Härte schlagend. Auch Dornbirn musste deshalb einen harten Sparkurs einschlagen, um ein Budget für das Jahr 2023 überhaupt erstellen zu können. Da hat auch das großangekündigte **Investitionspaket der türkis-grünen Bundesregierung** für die Gemeinden, aus diesem Topf erhält Dornbirn 6,2 Millionen Euro über die Jahre 2023 und 2024, wenig geholfen und ist nur ein **Tropfen auf den heißen Stein**.

Die Wirtschaftsprognosen der Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sehen für Österreich im kommenden Jahr ein „Wachstum“ von 0,1%, im Jahr 2024 eine „Erholung“, wobei die Erholung sehr gering ist, bei 1.1%. Vor einem Jahr wurde noch angenommen, dass es ein Wirtschaftswachstum geben wird von 2,5%. Die Inflation wird sich nach dem „Energiepreisschock“ in den Jahren 2023 und 2024 verringern, aber vermutlich nicht unter 3,5% bzw. 3% fallen. Folglich werden die Steuereinnahmen des Bundes und somit auch die Ertragsanteile der Gemeinden nicht mehr so hoch sein, wie im Jahr 2022 und in den Jahren vor der COVID-19 Pandemie.

Durch diese Entwicklung droht den Gemeinden in Vorarlberg und auch der Stadt Dornbirn ein Finanzkollaps! Wichtige Projekte, wie z.B. eben Neubau von Schulen und Kindergärten, Ausbau des Hochwasserschutzes, Investitionen in die Infrastruktur und in das gesellschaftliche Freizeitangebot der Stadt wären nicht mehr möglich. Der Stadt Dornbirn droht dann eine wirtschaftliche und soziale Abwärtsspirale.

Die Bundes- und Landesregierung und der Vorarlberger Gemeindeverband, allen voran unsere Bürgermeisterin Andrea Kaufmann als Vorsitzende, sind gefordert endlich ein Hilfs-Paket zur Entlastung der Vorarlberger Gemeinden und somit auch der Stadt Dornbirn durch die extrem hohen Energiekosten auszuarbeiten. So könnte z.B. von der Gemeindeverbandspräsidentin – und der Gemeindeverband verhandelt ja wirklich viel. Nur was ich nicht gefunden habe, ist der Strompreis – ein reduzierter Strompreis für alle Vorarlberger Gemeinden mit den VKW/IIIwerken ausgehandelt werden.

Die **Bunderegierung ist auch aufgefordert, für mehr Verteilungsgerechtigkeit in Richtung der Gemeinden zu sorgen**, z.B. durch die Zweckwidmung der neuen CO2 Steuer für klimafreundliche Maßnahmen in den Gemeinden. Die Einnahmen aus der „Übergewinnsteuer“ der Energieunternehmen für die Deckelung der Energiekosten der Gemeinden heranziehen u.v.m.

Da die Bürgermeisterin die Details des Budgets bereits erläutert hat, beschränke ich mich auf die wesentlichsten Punkte aus Sicht der Dornbirner SPÖ.

1. Aktive Arbeitsplatzpolitik

Wie schon im ersten Teil meiner Rede berichtet, sind die Prognosen für die Dornbirner Wirtschaft in den kommenden Jahren eher düster.

Daher ist es gerade jetzt wichtig, dass die Stadt **eine hohe Investitionssumme in der Größenordnung von 51 Mio Euro größtenteils für die heimische Wirtschaft bereitstellt**. Rein rechnerisch fließen 2023 an 250 Arbeitstagen täglich rund 204.000 Euro größtenteils in die Dornbirner Wirtschaft. Diese Investitionen sind aus mehreren Gründen wichtig. Einerseits können wir dadurch Arbeitsplätze erhalten und womöglich auch neue schaffen, andererseits klein- und mittelständische Unternehmen in den schwierigen Zeiten der Wirtschaftskrise – und das ist es - unterstützen.

Wichtig ist für uns auch die Weiterführung der aktiven Bodenpolitik der letzten Jahre. Es ist unumgänglich für die Gestaltung der Stadt, dass die Stadt nach Möglichkeit neue Grundankäufe tätigt. Dafür gibt es zwei sehr wichtige Gründe:

1. Die Stadt benötigt Grundstücke, um weitere wichtige Projekte wie Grundstücksumlegungen in Betriebs- und Wohngebieten durchzuführen, um diese Gebiete dann weiterentwickeln zu können sowie auch neue Betriebsansiedlungen in Dornbirn zu ermöglichen.
2. Außerdem muss die Stadt mehr Grundstücke für leistbaren Wohnraum zur Verfügung stellen. Das Wohnen in Dornbirn wird und ist für viele Dornbirnerinnen und Dornbirner einfach nicht mehr bezahlbar.

2. Hohe Investitionen in Bildung

Die Bevölkerungsentwicklung Dornbirns weist in den letzten Jahren eine besonders hohe Dynamik auf. Wenn ich es richtig im Kopf habe, haben wir die 50.000-Einwohner-Marke 2019/2020 erreicht. Wenn ich richtig informiert bin, kratzen wir bei den Hauptwohnsitzen an der 52.000-Einwohner-Marke. Damit verbunden erhöhen sich auch sehr stark die Schülerzahlen. Die Ausweichschule im Fischbach, die 2020 bei einer Gasexplosion total zerstört wurde, wird im Februar von den Schüler*innen der VS Forach bezogen. Die Ausweichschule wird nicht nur für die Kinder der VS-Forach benötigt. Der Schulneubau wird auch wegen anstehender Schulsanierungen für weitere Jahrzehnte als Ausweichschule für die Zeit der Sanierungen dringend gebraucht. **Für die Dornbirner SPÖ war der schnellstmögliche Neubau der Ausweichschule am selben Standort, dieses Mal mit Turnhalle, sehr wichtig. Das haben wir geschafft, und damit können wir auch die Umsetzung der weiteren Sanierungen der Dornbirner Schulen sicherstellen.**

Die Vergabe der Generalplanung für die neue **VS Forach** wurde in der heutigen Stadtvertretung beschlossen. Die Schule wird dringend benötigt, da die Kinder der VS Forach im Ausweichquartier Mittelschule Haselstauden in die Schule gehen. Ab Herbst 2023 ist die VS Forach im Vollbetrieb mit ca. 160 Kindern in der Ausweichschule. Das neue Schulgebäude muss bis Herbst 2026 bezugsfertig sein, da für die Eltern, Schüler*innen und Lehrer ist eine weitere Verzögerung nicht mehr zumutbar ist.

Die Arbeiten für das neue „**Dorfzentrum**“ **Haselstauden** mit neuem Kinderhaus, Veranstaltungshaus, Turnhalle und Renovierung der „alten Schulgebäude“ für die Fachschule für wirtschaftliche Berufe werden umgesetzt, dafür sind im Budget für heuer gesamt 9,25 Millionen Euro vorgesehen. **Mit der Umsetzung des Projektes Haselstauden in den nächsten Jahren unter anderem mit der Ergänzung der Fachschule für wirtschaftliche Berufe um eine höhere**

Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe mit Schwerpunkt Sozialmanagement, erhält das Vereins- und Stadtleben in Haselstauden eine wichtige Aufwertung.

Für die Dornbirner SPÖ haben Investitionen in die Bildung höchste Priorität. Es ist elementar wichtig, dass wir in Zukunft mehr Angebote an flexibler und leistbarer Ganztagsbetreuung im Kindergartenbereich sicherstellen können. Sowie verstärkt Ganztagsklassen mit verschränktem Unterricht in den Volks- und Mittelschulen anbieten können. Wir müssen unseren Kindern die besten Voraussetzungen für ihre Ausbildung bieten. Damit erreichen wir Chancengerechtigkeit für alle Kinder.

3. Investitionen in Gesundheit

Die Dornbirner SPÖ hat sich immer zum städtischen Krankenhaus bekannt. Wir haben gerade über die Zeiten der Pandemie gesehen, wie wichtig das Krankenhaus und die städtischen Gesundheitsbetriebe für die Versorgung unserer Bevölkerung sind. Es werden im Jahr 2023 von Seiten der Stadt 1,5 Mio Euro in die Fertigstellung der Geburtsstation sowie in den Bau einer neuen Triage, wie von uns schon sehr lange gefordert, investiert. Die sogenannte „Manchester-Triage“ ermöglicht eine Vorabklärung und Einstufung nach Dringlichkeit und damit eine den Patient*innen angemessene Versorgung.

Mit großer Sorge beobachten wir den **Mangel an Allgemein Mediziner*innen in Dornbirn**. Viele Ärzt*innen sind oder werden in den nächsten Monaten und Jahren in Pension gehen und haben keine Nachfolge. Dadurch wird der Druck auf die städtische Ambulanz stark erhöht. Wie ich schon gehört habe, gibt es bereits ein Projekt, das am Laufen ist. **Aber wir fordern noch einmal mit Nachdruck, dass daran intensiv gearbeitet wird.** Denn viele Dornbirner*innen, und ich selber auch, haben keine Allgemeinmediziner*in. Ich weiß, ich kann zu jedem Arzt gehen, aber – ich nehme an, Sie haben damit Bekanntschaft gemacht – Sie warten und warten und warten. Und die fixe Übernahme des Patienten wird nicht angestrebt.

4. Hochwassersicherheit

Am **18. August** ereignete sich im Rheintal ein **Jahrhunderthochwasser**. Dornbirn war davon im besonderen Maße betroffen. Extreme Regenmengen wurden im Einzugsgebiet der Dornbirner Ache abgeladen. Der Pegel Enz an der Dornbirner Ache erreichte einen neuen Spitzenwert von 260m³ in der Sekunde! **Durch den sukzessiven Ausbau der Hochwasserschutzmaßnahmen in den letzten Jahren, federführend durch die Tiefbauabteilung der Stadt Dornbirn, wurde eine größere Katastrophe verhindert.** Trotz vieler überfluteter Keller mussten glücklicherweise keine großen Schäden verzeichnet werden und es wurden keine Menschen verletzt. Besonders zu erwähnen ist, dass durch die Errichtung des **Hochwasserstollens Zanzenberg** zum zweiten Mal die **Überflutung des Wohngebietes Dornbirn-Fischbach erfolgreich verhindert wurde!** Aufgrund des fortschreitenden Klimawandels werden wir zukünftig vermehrt mit solchen extremen Wetterereignissen rechnen müssen. Für die Dornbirner SPÖ sind deshalb verstärkte Investitionen in den Hochwasserschutz und in Klimaschutzanpassungsmaßnahmen das Gebot der Stunde!

Wir haben erreicht, dass die Mittel für Hochwasserschutzmaßnahmen um 20% im Budget erhöht wurden. Dadurch können Maßnahmen wie z.B. Die Renaturierung des Vorderachgrabens, Weiterführung der Ufermauersanierungen an der Dornbirner Ache und Sanierungen und Räumungsmaßnahmen am Haselstauderbach, die Räumung und der hochwassersichere Ausbau

des Rappenlochs, Maßnahmen für mehr Hochwasserschutz im Forach, weitergeführt werden und der Schutz des Dornbirner Siedlungsgebietes vor Hochwasserereignissen verbessert werden.

5. Investitionen in die Infrastruktur

Ein wichtiges Anliegen der Dornbirner SPÖ wird endlich umgesetzt! **Die Erschließung der Bezirke Schoren und Hatlerdorf mit dem Stadtbus erfolgt Ende 2023 mit dem Fahrplanwechsel. Die neue Stadtbuslinie wird dann vom Messepark über die Lange Mäher, Jodok-Stütz-Weg, Erlgrund und Raiffeisenstraße bis zum Hauptbahnhof geführt.**

Für den Ausbau stehen 500.000.- EUR bereit. Für die Dornbirner SPÖ ist es wichtiges Anliegen, dass das Angebot des Stadtbusses in Zukunft um die Wohngebiete in der Schweizerstraße/Bleichestraße erweitert wird und ein weiterer unerschlossener Fleck durch den Stadtbus abgedeckt wird.

In Zeiten mit exorbitanten Energiekosten muss die **Umstellung der öffentlichen Beleuchtung auf energiesparende LED-Lampen** unbedingt weitergeführt werden. Im Jahresvoranschlag sind dafür 1.000.000.- Euro und – das freut mich besonders - ein Elektriker, also ein zusätzlicher Dienstposten im Bauhof. **Dadurch erspart sich die Stadt Dornbirn nach erfolgter Umstellung 60 bis 70 % an Stromkosten.** Bei voraussichtlich 1.5 Millionen Euro an Stromkosten für die Straßenbeleuchtung im nächsten Jahr, eine herzlich willkommene Investition mit direkten Auswirkungen auf das Budget und ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz, da immer noch ein hoher Anteil der europäischen Stromerzeugung durch Kohlekraftwerke erfolgt.

Besonders wichtig zu erwähnen ist die **Fortführung des generellen Kanalprojektes**. In den letzten Jahren wurden wichtige Abschnittsgebiete im Kanal mit Video befahren, die Schächte und Kanäle eingemessen, ins Geoinformationssystem der Stadt aufgenommen und grobe Schäden durch Sofortmaßnahmen behoben.

Durch diese Maßnahmen und die Digitalisierung des Dornbirner Kanalsystems haben wir in Zukunft die Möglichkeit – und das ist ein Begriff, den hab ich erfunden – ein „Smartkanalsystem“ für mehr Hochwasserschutz mit kontrollierter Wasserrückhaltung zu ermöglichen. Sie müssen sich das so vorstellen: wenn wir starke Niederschläge in der Haselstauden haben, aber weniger starke im Hatlerdorf, dann könnten wir in der Zukunft den Kanal so abriegeln, dass er als Zwischenspeicher funktioniert, und so zB die ARA nicht überschwemmt wird.

Wichtige Kanal-, Wasserleitungs- und Straßensanierungen werden im Jahr 2023 in der Eschenau, Haldengasse und in der Moosmahdstraße durchgeführt. Die Wasserleitungen, der Kanal und die Erdgasleitungen in der diesen Straßen sind in die Jahre gekommen und müssen ausgetauscht werden, da es vor allem bei den Wasserleitungen immer wieder zu Rohrbrüchen gekommen ist und diese sehr dringend saniert werden müssen.

Durch das milde Herbstwetter konnte die **Rappenlochbrücke** diese Woche früher als erwartet, vorgespannt werden. Das bedeutet sie wurde hydraulisch zusammengespannt, was die Tragfähigkeit erhöht. Dadurch kann das Lehrgerüst bereits im Jänner abgesenkt und ausgebaut werden. Die Baumeisterarbeiten für den Fahrbahnanschluss und die Fertigstellung der Sicherheitseinrichtungen gehen voran, sodass Bauarbeiten voraussichtlich im Frühsommer 2023 abgeschlossen werden und wir wieder endlich eine sichere Verkehrsverbindung ins Ebnit erreichen können.

Für mich als Tiefbaureferent ist es besonders wichtig, dass bei Sanierungen von Straßenzügen die Bevölkerung zu Beginn des Projektes mit eingebunden wird. Mit einem guten Bürgerbeteiligungsprojekt können viele Konflikte – ich nenne als Beispiel die Dr.-Ölz-Straße - vermieden und gemeinsame sinnvolle Straßenraumplanungen umgesetzt werden.

6. Kritik- und nicht relevante Budgetpunkte

Alle Abteilungen der Stadt Dornbirn sind angehalten, wirtschaftlich maßvoll und auch im vorgegebenen Zeitraum ihre Projekte, die von der Politik vorgegeben werden, umzusetzen. Ein Grundsatz, an den sich alle halten.

Dazu gibt es aber zwei große Kritikpunkte an der Bürgermeisterin:

10 Stück neue überdachte „Fahrrad-Ports“ in der Stadt Dornbirn. Grundsätzlich eine langjährige Forderung der Dornbirner SPÖ, überdachte Fahrradabstellanlagen in der Innenstadt zu errichten. Jedoch haben die Fahrradständer ihren Nutzen für viele Fahrräder verfehlt. Lastenfahrräder, Kinderfahrräder und Fahrrad-Anhänger können nicht untergestellt werden. Warum wurden die Nutzer*innen nicht in einem Bürgerbeteiligungsverfahren mit eingebunden? Der Schutz vor Regen und Schnee ist nur bedingt gegeben, und zwar nur, wenn es gerade von oben nach unten regnet. Kommt der Regen schräg, haben sie relativ wenig Sinn. Über die Ästhetik der Fahrradständer lässt sich immer diskutieren, ich nehme an, dass die Bürger*innen Dornbirns, die auch eine Fahrradabstellanlage bei Haus oder Wohnung errichten möchten, auch gleichbehandelt werden und ihre Abstellanlage dann auch dem Ortsbild entspricht.

Die Kosten von ca. 10.000.- pro Fahrrad-Port finde ich nicht wirklich günstig, sondern nach meiner Meinung hätten wir das Geld besser investieren können.

Der zweite Kritikpunkt **die schwarzen „Sitzsteine“** am Eingang des Marktplatzes und in der Umgebung des Rathauses. Die Schönheit der „Pebbles“ liegt absolut im Auge der Betrachter. Mir persönlich gefallen sie gut. Was ich aber kritisiere ist, dass diese „Pebbles“, trotz mehrfacher Anregung von mir im Stadtplanungsausschuss, dass unbedingt **Begleitmaßnahmen wie z.B. Beschattung, Wassersprühnebel, Trinkbrunnen und Baumpflanzungen, sodass die Sitzsteine auch bei Hitze genutzt werden können, mitgedacht bzw. umgesetzt werden müssen.**

Die „Sitzgelegenheiten“ dann noch bei einer Hitzewelle aufzustellen, war aus meiner Sicht noch die Krönung des gesamten Paketes. Auch wäre es sinnvoll das Bürgerbeteiligungsprojekt „Wohnzimmer“ Dornbirn, vorher durchzuführen und nicht erst dann, wenn die „Sitzgelegenheiten“ schon eine recht große Provokation herbeigeführt haben.

Ein weiterer Kritikpunkt, die Ankündigungspolitik der Bürgermeisterin!

Markthalle, Badeseesee, Rad- und Fußgängerbrücke über die Dornbirner Ache – können wir uns das noch leisten? Zentrumsplanung Rohrbach und Hatlerdorf – obwohl es dort wirklich vorbildliche Bürgerbeteiligungsverfahren gegeben hat, ist nichts weitergegangen.

Die Umsetzung des Sportstättenkonzepts mit Kunstrasenplatz im Forach, Sanierung bzw. Umbau Birkenwiese, neuen Umkleidekabinen auf dem Sportplatz Haselstauden angekündigt, angesprochen, aber bei jeder Budgetverhandlung wieder hinausgefallen.

In den nächsten Jahren werden wir als politisch Verantwortliche in Dornbirn noch vor weiteren wichtigen Herausforderungen stehen. Und es wird dann auch wichtig sein, klare Prioritäten zu setzen, was wir uns noch leisten können und was wir uns leisten wollen. Die Fragen nach **leistbarer und ökologischer Energie** – und der Vorschlag von Juliane ist, gut, die Abwärme der ARA zu nutzen, aber auch die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, den Müllerbach zu reaktivieren und dort versuchen, mit Kleinkraftwerken Energie zu erzeugen – **leistbarem Wohnraum, Veränderungen in der Arbeitswelt durch den digitalen und demographischen Wandel, der Klimaschutz, Hochwassersicherheit und ein gutes Zusammenleben in Dornbirn, werden uns in Zukunft noch weiter beschäftigen.**

Der Dornbirner SPÖ ist es gelungen, in den letzten Wochen und Monaten in oft schwierigen aber konstruktiven Verhandlungen und klaren Ansprüchen – denn auch mir versuchte man 15% herunter zu rasieren, aber: Nein, man kann den Kanal nicht 15m vor Ende aufhören, das geht nicht. Und dann muss man halt hin stehen und verhandeln. Das ist der Unterschied. - **ihre Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Hochwassersicherheit und Ausbau der Infrastruktur einzubringen.** Außerdem konnte die SPÖ **wichtige Anliegen für die Gesundheit und den Arbeitsplatzstandort Dornbirn durchsetzen.** Trotz der angespannten Budgetsituation aber auch dem Umstand geschuldet, dass die ÖVP über keine absolute Mehrheit verfügt und somit mit anderen Parteien reden muss, ist es gelungen ein annehmbares Budget zu erarbeiten. Die Bürgermeisterin benötigt Partner, um das Budget zu beschließen.

Die Dornbirner SPÖ hat sich, trotz einiger Kritikpunkte im Budget, in vielen Anliegen erfolgreich durchgesetzt.

An dieser Stelle darf ich seitens der Dornbirner SPÖ Peter Johler und Mag. Guntram Mathis von der Finanzabteilung die Anerkennung für ihre professionelle und kooperative Arbeit bei der Budgeterstellung aussprechen.

Danke für ihre Aufmerksamkeit“

Stadtrat Christoph WAIBEL gibt namens der Fraktion „Liste Christoph Waibel – Freiheitliche Dornbirn“ folgende Äußerungen zum vorliegenden Voranschlagsentwurf 2023 ab:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
werte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

Ich genieße es sehr, mir bei den Budgetreden die verschiedenen Ansätze zu Gemüte zu führen, und es ist auch manchmal erfrischend, neben den verschiedenen Gesichtspunkten, wer hat was erreicht usw. die verschiedenen Lorbeeren, die man über sich ausschüttet, da darf man auch ein bisschen schmunzeln. Aber es gibt auch einen **gemeinsamen Sukkus** – ich nehme da die Bürgermeisterin aus, denn ihre Aufgabe bei der Budgetrede ist anderes definiert als die Aufgabe

von uns Fraktionsführern - es gibt also einen gemeinsamen Sukkus und hier möchte ich einhaken und beginnen:

Was an **Zahlenwerk** zu sagen ist, hat die Bürgermeisterin bereits zum Besten gegeben. Was mir persönlich gefällt, ist noch nicht vorgekommen. Wir mussten im Voranschlag 2022 mit einem **Schuldenstand** von 197 Mio. EUR für die Stadt Dornbirn rechnen. Nach dem Abschluss wird er sich bei 187 Mio EUR einpegeln. Das heißt, der Trend geht nicht in Richtung 200-er Marke, und das tut uns gut für die Zukunft und für die anstehenden Probleme und bedeutet, dass wir nach wie vor den Schuldenstand gut im Griff haben.

Die Ertragsanteile sind so hoch wie nie, die Kommunalsteuer ist so hoch wie noch nie. Die Investitionssumme ist mit 51 Mio. EUR absolut beachtlich, v.a. wenn man sich vor Augen hält, unter welchen Rahmenbedingungen wir gearbeitet haben und dieses Budget zustande kam. Für das kommende Jahr ist der Ausblick dann ein anderer.

Nun zu meinem Bereich, dem Hochbau: die **Ausweichschule Fischbach** wird fertig, ich darf – man muss sich ja offensichtlich loben an dieser Stelle – meine Abteilung hier noch einmal hervorheben, die auch durch eigene Pläne diesen günstigen Kostenrahmen mit 9,5 Mio EUR und die schnelle Umsetzung möglich machte. Pläne aus der eigenen Abteilung sind nicht die Norm und dass wir dann kurzfristig noch ein zusätzliches Stockwerk mit zwei zusätzlichen Lehrzimmern und einer Turnhalle hinbekommen haben, freut offensichtlich alle hier im Raum.

Wir werden jetzt den **Kindergarten Niederbahn** angehen, ein 2,2 Mio EUR Projekt, ein Vorzeigekindergarten mit Holz aus Dornbirn. Auch hier mit viel Eigenleistung, die die Mitarbeiter in unserer Stadt erbringen. Sehenswert. Wir haben den Kostenrahmen für die Außenraumgestaltung von 600.000 EUR dann doch noch reduzieren können. Das wird ein Gebot auch für die Zukunft sein.

Jetzt möchte ich aber bei den Kindergärten bleiben und nehme ein Stichwort auf, das die Bürgermeisterin verwendet hat, nämlich „Dornbirn lässt kein Kind zurück“. Die Bürgermeisterin hat die **Erweiterung Wallenmahd** erwähnt, die zwingend notwendig war. Kinderbetreuung, Kindergärten und Schulen weiter auszubauen, wird auch in Zukunft ein Trend sein. Der Kollege Markus Fässler hat bereits den Zuzug angesprochen, zB wenn Sie das Gebiet Rohrbach anschauen, wenn sie da mal durchfahren mit dem Fahrrad wie die Grünen oder ich eher mit dem Auto, sehen Sie unglaubliche Baustellen. Das heißt, dort werden in absehbarer Zeit viele Menschen hinziehen und der Kindergarten Rohrbach ist ein bisschen in die Jahre gekommen. Was das betrifft, stehen wir vor riesigen Herausforderungen.

Und das vor dem Hintergrund eines sich wahrscheinlich nicht entspannenden Budgets für die kommenden Jahre. Unsere beiden Financer Mathis und Jöhler, haben einen perfekten Job in ihrem Bereich abgeliefert. Aber da muss man immer ein bisschen differenzieren: wir Politiker fordern, hätten gern, zT auch Wünsche ans Christkind, und die Aufgabe der Financer ist es, zu schauen, dass die Wünsche nicht ausufern und das Ganze auch finanzierbar bleibt. Diesen Job erledigen sie und das respektiere ich zu 100% und ich teile auch deren Ansicht, was das Ausgeben von Geld betrifft. Damit zurück jetzt zu den Problemen, die uns in Zukunft erwarten werden.

Wir haben **zwei Großprojekte**, die einige Jahre **parallel** laufen werden und die parallel zu finanzieren sein werden. Haselstauden bereits angesprochen, und jetzt kommt die VS Forach dazu. Das heißt, wir reden dort von einem Gesamtvolumen in der Größenordnung von 60-65 Mio EUR. Mindestens drei Jahre werden die Belastungen dieser Projekte sich direkt im Budget niederschlagen. Das heißt auf der anderen Seite werden wir uns ganz genau überlegen müssen, welche Projekte zwingend notwendig sind, durchzuziehen sind für die Stadt Dornbirn und welche Projekte wir vielleicht gerne hätten, ganz zu schweigen von den Wünschen ans Christkind. Das wird eine massive Herausforderung in den nächsten Jahren werden.

Jetzt bin ich ein positiver Mensch und hoffe, dass sich gewisse Situationen ändern werden. Ich denke da zB an die Situation in der Ukraine, die v.a. für die Menschen vor Ort eine enorme Herausforderung bedeutet. Sie sehen auch, welche Auswirkungen es zB mit Energiekrise auch hier aufwirft. Wir werden Fragen beantworten müssen und einige davon werde ich heute anführen:

„Dornbirn lässt kein Kind zurück“

Ich darf Sie daran erinnern, dass wir in den vergangenen Wochen und Monaten **zwei Bürgerinitiativen** hier in der Stadt hatten. Einmal hier in der Stadtvertretung zum **Kindergarten Weißacher**, wo eine Belastung durch Schimmelbildung vermutet wurde und daher ein Raum längere Zeit nicht nutzbar war. Dort wird derzeit saniert. Die zweite betrifft den **Kindergarten Rohrbach** und hier schlage ich eine Brücke zu vielleicht Verfehlungen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte. Der Kindergarten Rohrbach absolut in die Jahre gekommen und Zuzug und Vergrößerung habe ich bereits erwähnt. Wir werden dort zwingend etwas tun müssen, nicht nur, was Instandhaltung betrifft, sondern wir werden uns überlegen müssen, wie bauen wir dort aus, damit wir diese Kinder, die mit dem Zuzug wahrscheinlich kommen werden, unterbringen können.

Jetzt muss man sich den **neuen Versorgungsauftrag** vor Augen halten – die Bürgermeisterin hat es angesprochen, ein Landesgesetz per 1. Jänner begründet einen Betreuungsanspruch für die Kinder. Wenn ich die Zahl jetzt richtig im Kopf habe, können wir 400 Kinder – heruntergebrochen auf verschiedene Jahrgänge - dort nicht unterbringen sondern auf andere Kindergärten verteilen und das wird sich wahrscheinlich noch dramatisch erhöhen. Wir brauchen mehr solche Plätze.

Jedes Gebäude in Dornbirn, und wir haben 250 davon, wird jedes Jahr älter. Wir haben in der Vergangenheit – und das habe ich oft moniert – die **Instandhaltung** so knapp gehalten, wie es nur irgendwie geht, zum Teil ein bisschen zu knapp. Damit stehen wir vor einer Situation, die ich einklage und wo ich eine Änderung herbei führen möchte spätestens im nächsten Jahr. Wir müssen Entscheidungen treffen, was Instandhaltungen betrifft, was Neubauten betrifft, Kindergärten ganz vorne weg.

Ich habe vor einigen Wochen dem Stadtrat eine umfangreiche Liste zugemailt und dann versucht, im Stadtrat zu besprechen, damit wir im Stadtrat als Entscheidungsträger auch Entscheidungen herbeiführen. Ich zeige Ihnen jetzt ein Beispiel. Dieses Bild stammt aus der Kinderbetreuung im „Sala“. Falls Sie es nicht erkennen können: Das ist ein Fenster, das in der Nacht herausgefallen ist. 1,5 m² Glasfläche sind direkt auf einen Platz gefallen, wo normalerweise die Kinder sitzen, auf einen kleinen Tisch und kleine Stühle. Wir sind dann hergegangen und mussten in einer Notaktion einige Fenster im „Sala“ zuschrauben, d.h. die Fenster sind gar nicht mehr zu öffnen. Wir haben vor kurzem den Vertrag mit dem Zwergengarten verlängert – eine gute Entscheidung – nur die Frage ist nach wie vor offen: was machen wir mit dem Gebäude?

Und solche Gebäude gibt's einfach eine ganze Menge. Wir werden uns entscheiden müssen, Neubauten, wie zB die Kindergärten, die da noch offen sind, Rohrbach, Mittelfeld, am Wall, lange Gasse, also da stehen einige Dinge aus. Wir werden entscheiden müssen als Stadtvertretung, als Stadträte und Bürgermeisterin, **welche Projekt wir angehen** und das in der angespannten Budgetsituation, die uns in den nächsten Jahren erwarten wird. Das wird eine massive Herausforderung und trotzdem werden wir uns dem stellen müssen, weil die Menschen erwarten, dass wir Betreuungsplätze für die Kinder zur Verfügung stellen werden.

Und wir haben – neben den beiden zu finanzierenden Großprojekten – eine Sache auch noch nicht gemacht als Stadtregierung. Wenn Sie sich erinnern, ich habe mehrfach moniert, dass wir **Kostenrahmen, Kostenobergrenzen** oder wie auch immer Sie das Wort definieren, für Projekte machen müssen. So jetzt müssen Sie sich kurz in Erinnerung rufen, dass ich zwei Funktionen habe. Die eine ist Hochbaustadtrat, das heißt, wenn ich einen Auftrag bekomme, wie die VS Forach zu bauen, dann habe ich den nach bestem Wissen und Gewissen zu erledigen. Aber ich habe auch die Funktion eines Fraktionsführers einer Partei für die ich hier stehe und als solcher habe ich schon oft gesagt, wir müssen uns endlich dazu durchringen, eine Obergrenze festzulegen wenn wir solche Projekte angehen, bevor ein Wettbewerb initiiert oder Ausschreibungen begonnen werden.

Das ist etwas, was wir schon lange tun hätten müssen. Dann passiert uns auch nicht, dass wir ein Projekt aufgestuhlt haben, verschiedene Vorgaben in dieses Projekt hineinreklamieren als Stadtregierung und als politische Vertreter und plötzlich stehen wir vor einer Schule, die 30 Mio. EUR kostet.

Die Vorgaben, was Bildung betrifft, was die Lehrer oder die Pädagogen brauchen, werden wir selbstverständlich einhalten. Aber wir müssen und dazu durchringen, von den sogenannten Ferrari-Projekten Abstand zu nehmen und **kostengünstiger zu bauen**. Dornbirn hat – wenn Sie sich erinnern – bei der Schule in Haselstauden gesagt: mit diesem Millionenbetrag ist jetzt eine Obergrenze erreicht. Ab jetzt wollen wir in die andere Richtung gehen, ohne dass wir an der Qualität der Schulen herumschrauben. Das haben wir nicht getan. Wir sind es auch der Zeit schuldig, das hinzubekommen und ich habe durchaus Signale von einer Partei, dass wir das jetzt angehen. Ich habe mit dem Fraktionschef der ÖVP, Julian Fässler, schon vor einigen Wochen versucht, das anzugehen, ich wollte es dann nicht herunterbrechen in wenigen Wochen, dass wir das jetzt noch machen, aber ich halte das für eine **zwingende Notwendigkeit** für das kommende Jahr, dass wir das tun.

Und damit komme ich auch zu **Projekten in Dornbirn, die wir uns vielleicht für längere Zeit nicht leisten** werden können. Ja, die Geschmäcker und Ohrfeigen sind verschieden. Ich will gar nicht darüber diskutieren, ob Steine schön sind, oder Stühle, die aufgestellt wurden. Die Frage wird sein: 220.000 EUR für die berühmten Sitzsteine und die Stühle, 120.000 für die Fahrradständer, die Anhebung der Rohrbacherstraße, ich nenn's den Hopser zur Verkehrsberuhigung, 415.000 EUR. Das Rasenmäherhäuschen Birkenwiese 500.000 EUR, Industrielehrpfad 1,5 Mio EUR und dann wird diskutiert über eine Fahrradbrücke – übrigens, ich glaube, aber das ist nur eine Vermutung, dass diese Fahrradbrücke nicht auf die Bank geschoben wurde, sondern die wird wohl im Budget bei der Quartiersentwicklung Campus drinstecken – der berühmte Badensee, der ist mit 90.000 EUR immer noch im Budget, also wir werden uns schweren Herzens die einen, leichten Herzens die anderen von solchen Projekten einfach trennen oder mindestens für lange Zeit

schieben müssen, wenn wir nicht unsere Aufgaben, die wir zwingend erledigen müssen und wollen, nämlich Kinderbetreuung, Kindergärten, Schulen jetzt vorrangig machen und da hänge ich gleich mit dazu die Instandhaltung, die wird uns verfolgen in den nächsten Jahren. Die werden wir auch nicht loswerden. Ich habe Ihnen gerade ein Bild gezeigt von Fenstern, die herausfallen. Wir haben einiges an diese Baustellen und einiges, was wir vor uns herschieben und einiges, was schon budgetiert war: Kindergarten Rohrbach ist so ein Beispiel, das wir dann wieder herausgestrichen haben, weil es einfach zu viele Runden gab, wo wir Geld haben suchen müssen für das Budget. Das wird noch brutaler werden und dort werden wir das als Verantwortungsträger dann Verantwortung übernehmen müssen und in meinem Fall auch wollen.

Das Szenario für die Zukunft, das was ich mir von uns erwarte, von der Bürgermeisterin im Speziellen, dass wir auch die **Budgetgestaltung für die Zukunft** anders angehen. Es kann nicht sein, dass wir große Entscheidungen oft an Mitarbeiter und Abteilungen im Hause abwälzen. Wir sind dafür da, solche Entscheidungen zu treffen. Manchmal gerne und leicht, manchmal zwingend notwendig und manchmal wird's nicht gehen. Das wird in Zukunft einfach so sein.

Und deswegen werde ich, was die Budgetgestaltung betrifft, wiewohl ohne Diskussion, dass die Oberherrschaft über die Zahlen nach wie vor bei den Kollegen Mathis und Johler bleibt, die kontrollieren, dass wir nicht zu viel ausgeben. Aber was wir ausgeben und wie viel und für welche Projekte, das werden wir uns jetzt einfach besser ausmachen müssen. Ich schlage dazu zwingend vor Stadtrat und in den entsprechenden Fällen auch Stadtvertretung. Auf diese Punkte werde ich beharren. Ich glaube anders wird sich das Budget in Dornbirn in den nächsten Jahren einfach nicht mehr machen lassen. Deswegen werden wir auch heuer noch einmal dem Budget, wie es jetzt vorliegt, **nicht zustimmen**. Das liegt nicht an den Zahlen, die wir kritisieren oder nicht glauben, sondern das lag und liegt nach wie vor an der Art und Weise, auf die das Budget nach wie vor zustande kommt. Wir werden das ändern müssen, ob wir wollen oder nicht.

Zu diesem letzten Punkt noch eine persönliche Anmerkung: es haben inzwischen zwei Kolleginnen, unter anderen auch die Bürgermeisterin, in den letzten Wochen den Satz gesagt, dass für sie **Gebührenpolitik** keine Sozialpolitik ist. Ja, das stimmt wahrscheinlich zu manchen Teilen, aber zu einem Teil meiner Sicht der Dinge stimmt das nicht, nämlich dann, wenn wir und die Menschen in Dornbirn haben derzeit große Probleme und große Finanzierungsorgen. Gebührenerhöhungen, die nicht zwingend in dieser Höhe notwendig sind, dann trotzdem realisieren, ich nenne ein Beispiel, v.a. wie das dann auch weitergegangen ist mit **kreativen Ideen**. Wir haben die **Parkgebühren** im März um 27% erhöht. Sie können sich erinnern, wir Freiheitliche haben vorgeschlagen: ok, ist eine demokratische Geschichte, wir sind da in der Minderheit. Wir nehmen die Mehreinnahmen aus diesen Erhöhungen und stecken sie direkt in eine Subventionierung und Finanzierung in Busjahreskarten für Pensionisten in Dornbirn. Wenn Sie sich erinnern, wir haben ein Modell vorgeschlagen, gestaffelt in vier Bereiche: Pensionisten unter 1.100 EUR Pension wären damit, hätte man den, so unsere Rechnung, den Jahreskartenpreis um 90% reduziert hätte, und das wäre möglich gewesen, dann wäre solche Pensionisten inzwischen schon um 13 EUR Jahreskartenpreis unterwegs. Drei Parteien dieser Stadtvertretung haben dem zugestimmt. Die ÖVP und leider die Grünen haben nicht zugestimmt. Und ich glaube, dass wir kreative Ideen von anderen in Zukunft zwingend werden aufnehmen müssen, auch wenn wir uns das eine oder andere Mal dann an der Nase nehmen müssen und sagen „schade, dass uns das als Partei nicht eingefallen ist, da waren die anderen jetzt schneller oder besser“.

Aber solche kreativen Lösungen und andere Pfade gehen, was Möglichkeiten betrifft, das wird ein Gebot der Stunde sein für die Zukunft.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit“.

StV Wolfgang FÄSSLER hat aus gesundheitlichen Gründen Günter Scrinzi und Dr. Martina Hladik gebeten, die Budgetrede der Neos zu erarbeiten. Da die Neos als letzte Redner an der Reihe sind, wurde die Rede kurz und knapp gehalten und er ersucht, Dr. Martina Hladik sie vorzutragen.

StV Dr. Martina HLADIK gibt namens der Fraktion „NEOS – Dornbirn“ folgende Äußerungen zum vorliegenden Voranschlagsentwurf 2023 ab:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
Geschätzte Mitglieder der Stadtvertretung!
Werte Gäste!

Wir NEOS konnten den Prozess der Budgeterstellung diesmal begleiten und uns davon überzeugen, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Rathauses ein **rechnerisch einwandfreies Budget 2023** erstellt haben. Dafür gebührt ihnen unser Respekt und unser Dank!

Dass die Planung des Budgets an sich aufgrund vielfältiger Umstände nicht ganz einfach war, und allen Abteilungen von der städtischen Finanzverwaltung eine Budgetreduktion von 15% auferlegt werden musste, um überhaupt ein Budget zu erstellen, wollen auch wir an dieser Stelle jedoch nicht unerwähnt lassen. Haben doch die NEOS seit ihrem Einzug in die Stadtvertretung immer und immer wieder zum **Sparen und zweckgebundenem Einsatz von Steuergeld** aufgefordert!

Auch wenn wir dem Budget in seiner zahlenmäßigen Richtigkeit zustimmen, so gibt es doch einige gravierende Mängel in der Finanzgebarung der Stadt! Die Entwicklung für die Zukunft sehen wir kritisch, sollte sich die Stadtverwaltung nicht in einigen Teilbereichen zu grundlegenden Änderungen in ihrem Ausgabeverhalten entschließen! Die Verantwortung für die zukünftige finanzielle Entwicklung der Stadt sehen wir NEOS eindeutig bei unserer Frau Bürgermeisterin, die als oberste Finanzreferentin die volle Verantwortung trägt!

Wo sehen wir NEOS nun die größten Gefahren für eine gesunde finanzielle Entwicklung unserer Stadt?

Die Stadtplanung

Seit unserem Einzug in die Stadtvertretung sind wir Zeugen, wie Projekte für städtische Bauvorhaben ablaufen. Eines haben sie fast alle gemeinsam, nämlich die Kostendifferenz zwischen Projekterstellung und Fertigstellung der Bauwerke! Auch wenn man gewisse Unwägbarkeiten beim Bauen immer in Betracht ziehen muss, die Regelmäßigkeit und Höhe der Überschreitung der Baukosten bei städtischen Projekten ist erschütternd! Kein privater Bauherr könnte sich das leisten – und auch eine Stadt, die ja das Steuergeld seiner Einwohner und Betriebe ausgibt, kann sich das auf Dauer nicht leisten!

Abgesehen von den Kosten bereits fertiggestellter Bauwerke sind auch derzeit geplante Projekte in einem Ausmaß unnötig und überteuert, dass sie überdacht, redimensioniert oder aufgeschoben werden müssen. Hier einige konkrete Beispiele:

- Die geplante **Fahrradbrücke mit Aufenthaltsqualität** zwischen Fachhochschule und CampusVäre. Da es in geringer Entfernung eine Brücke zum Überqueren der Ache gibt, ist diese ein unnötiger Luxus, der immerhin € 4,5 Mio kosten soll! Wir NEOS sind der Meinung, dass man dieses Projekt bis auf weiteres nicht durchführen sollte, da man das Geld in Zeiten wie diesen sicherlich an einem anderen Ort effizienter einsetzen kann!
- Der **Badesee**, den sich unsere Frau Bürgermeisterin wünscht und von dem schon mehrfach in den Medien zu lesen war, wäre sicherlich eine schöne Sache für alle Dornbirnerinnen und Dornbirner. Allerdings sind wir NEOS der Meinung, dass auch dieses Projekt im Moment nicht leistbar ist. Jeder der regelmäßig die Nachrichten hört, weiß, dass wir gerade auf wirtschaftlich unwägbare Zeiten zusteuern. Das wird auch unserer Stadtverwaltung nicht verborgen geblieben sein! Wir können daher nur an Sie, Frau Bürgermeisterin, appellieren, den Badesee vorerst als Idee für bessere Zeiten aufzuheben. Und wenn es dann einmal so weit sein sollte, appellieren wir schon jetzt genau darauf zu achten, dass nicht guter landwirtschaftlicher Grund dafür geopfert wird! Gerade in schlechten Zeiten nützt der Bevölkerung eine stadtnahe Anbaufläche wesentlich mehr als ein See.
- Der **Neubau der Volksschule Forach** ist aufgrund der wachsenden Bevölkerung in diesem Dornbirner Bezirk unbedingt nötig, das stellen auch wir NEOS nicht außer Zweifel. Woran wir allerdings zweifeln, ist die Art und Weise, wie die zuständigen Abteilungen dieses Projekt in dieser Größenordnung überhaupt in Erwägung gezogen haben!
Von Beginn an wurde die Lage an dem ausgewählten Standort nicht nur von uns NEOS äußerst kritisch hinterfragt. Faktoren wie die Beschaffenheit des Untergrundes, die dadurch bedingt exorbitanten Planungs- und Errichtungskosten, zusätzlich die Verkehrssituation machen einen Schulkomplex in dieser Größenordnung am gegebenen Ort aus unserer Sicht nicht umsetzbar.

Vor allem die in den Raum gestellten Kosten von ca. € 30 Mio, nunmehr „nur“ ca. € 27 Mio sind erschütternd und nicht leistbar! Wie soll dem einfachen Bürger und der einfachen Bürgerin von Dornbirn erklärt werden, dass diese Schule ca. € 9500,00 pro fertigen Quadratmeter kosten soll? Das übersteigt den Quadratmeterpreis bei vergleichbaren Gebäuden um ein Vielfaches! Wir haben heute Beispiele gehört aus Feldkirch; dort wird eine Schule in einer ähnlichen Größe um die Hälfte gebaut!

Dabei sind die kolportierten € 27 Mio, wenn es denn bei diesem Betrag bleiben sollte, nur die Baukosten. Wieder wurden die Kosten der Erhaltung über den Lebenszyklus des Gebäudes, die sogenannten Baunutzungskosten, nicht ermittelt, wie wir NEOS das schon lange fordern!

- Die **Markthalle** ist seit einigen Jahren das erklärte Prestigeobjekt unserer Frau Bürgermeisterin, es wurde sogar ein schönes Innenstadtgrundstück für deren Errichtung gekauft beim Kleiner Luger! Was ist seither passiert? Nichts bis fast nichts: das Grundstück bzw. das darauf befindliche Gebäude in bester Innenstadtlage ist bis auf wenige Ausnahmen

ungenützt, und es sind sogar Betriebskosten zu bezahlen. Zwar hat die letzte KAVO (Kaufkraftanalyse) der Dornbirner Innenstadt gar keine guten Zahlen ausgestellt, was den Umsatz pro Quadratmeter betrifft (mit ca. € 3700,00 hinken wir den Innenstädten von Bregenz und Feldkirch um einiges nach) und weiters festgestellt, dass es der Dornbirner Innenstadt an „emotionaler Qualität“ fehlt! Eine Markthalle wäre sicher ein Anziehungspunkt für Besucher der Stadt, allerdings sind wir NEOS der Meinung, dass der Betrieb einer Markt- und Genusshalle nicht zu den zentralen Dienstleistungsaufgaben einer Stadt gehört und daher ein derartiges Projekt in erster Linie von privaten Investoren betrieben werden soll!

Die Personalkosten - Personalbudget 2023

Die Personalkosten schlagen zwischenzeitlich mit mehr als 1/3 – wie wir von der Finanzreferentin selbst gehört haben sogar 40% des gesamten zur Verfügung stehende Dornbirner Budgets zu Buche. Wir Neos haben diese Entwicklung seit unserem Einzug ins Stadtparlament regelmäßig aufgezeigt und kritisch hinterfragt. Zwar ist die abermalige Erhöhung des Beschäftigungsrahmenplans auf zwei Bereiche zurückzuführen, die uns sehr am Herzen liegen, nämlich die Erhöhung des Personalstandes im Bereich Kinderbetreuung und Gesundheitswesen.

Als Partei, welche der Bildung einen sehr hohen Stellenwert beimisst, befürworten wir die ab dem Jahr 2023 vom Land vorgegebene, verpflichtende Kinderbetreuung ab dem 3. Lebensjahr vollumfänglich! Insofern ist die Erhöhung der Dienstposten in diesem Bereich absolut gerechtfertigt.

Dasselbe gilt für die Erhöhung des Personalstandes im Krankenhaus Dornbirn. Dort spiegelt sich die prekäre, corona-bedingte Personalsituation der letzten zwei Jahre wider. Zusätzlich führt der Rückgang an Allgemeinmediziner:innen dazu, dass die Spitalsambulanz mittlerweile von Patienten:innen regelrecht gestürmt wird und dadurch das Personal an seine Belastungsgrenze gekommen ist. Auf der anderen Seite gibt es im Verwaltungsapparat sicherlich Synergien im Personalbereich, die noch auszuschöpfen sind, und wir NEOS fordern die Stadtverwaltung auf, verstärkt nach Synergieeffekten zu suchen und diese umgehend umzusetzen!

In Bezug auf das Krankenhaus Dornbirn heißt das für uns NEOS: es sind dringend Überlegungen anzustellen, welches Leistungsangebot in welchem Umfang in Zukunft der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden kann/ soll oder muss.

Wir können es nicht einfach schönreden: das Personalbudget ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen, es macht mehr als ein Drittel des Gesamtbudgets aus und ist auf einen Stand von rund € 133 Mio angewachsen.

Pro Kopf Verschuldung

Jeder Dornbirner Bürger und jede Dornbirner Bürgerin hat zusätzlich zu ihren allfälligen eigenen Schulden noch gut € 3000,00 Schulden aus dem Gebaren der Stadt zu tragen, sogar € 3600,00 wenn man das Krankenhaus dazurechnet! Das ist unter allen Vorarlberger Städten die **höchste Prokopf-Verschuldung**. Diese Entwicklung macht uns NEOS große Sorgen! Stellt sie doch die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Stadt auf die Probe.

Die vergangenen Jahre waren wirtschaftlich sehr erfolgreiche Jahre, aber die Stadtregierung hat es versäumt, trotz sprudelnder Einnahmen für schlechtere Zeiten vorzusorgen. Stattdessen wurden Grundstücke für Prestigeobjekte gekauft, die Kletterhalle und der Campingplatz in die Gebarung der Stadt übernommen, teure und überteuerte Bauprojekte in Angriff genommen.

Auf der anderen Seite wurden **notwendige Sanierungsmaßnahmen** an den rund 260 Gebäuden im Besitz der Stadt nicht durchgeführt. Erst kürzlich haben wir von fehlenden Rauchmeldern in unseren Schulen aus den Medien erfahren! Das sind untragbare Sicherheitsmängel für Schüler:innen und Lehrpersonal. Das sind aber auch „versteckte Schulden“, die man genau genommen jedem Bürger, jeder Bürgerin zum „Prokopf-Schuldenstand“ hinzurechnen müsste.

Wir wissen aus den Nachrichten, dass wir durch Krieg und der damit verbundenen Energiekrise auf schwierige Zeiten zusteuern, ja uns schon darin befinden! Die Schwierigkeiten bei der Budgeterstellung sind der Beweis dafür. Dennoch hält unsere Stadtregierung an einigen Projekten fest, die unnötig oder zumindest unnötig teuer sind! Wir NEOS sagen hier ganz klar: Diese Entwicklung muss ein Ende haben!

Von der steirischen Landeshauptstadt Graz war vor einigen Wochen die Rede, dass sie sich in Insolvenzgefahr befindet. Graz hatte vor 10 Jahren eine gleich hohe Prokopf-Verschuldung wie Dornbirn heute! Frau Bürgermeisterin, lassen Sie sich das ein warnendes Beispiel sein und setzen Sie den Sparstift an! Das sind Sie den Dornbirnerinnen und Dornbirnern schuldig!

Danke!“

Replik der Bürgermeisterin Dipl.-Vw. Andrea KAUFMANN.

Zu den Ausführungen von StR. Dr. Juliane ALTON:

In Dornbirner Schulen und Kindergärten werden **nicht Luxusvarianten, sondern pädagogische Konzepte** umgesetzt, die ein nach diesen Erkenntnissen gutes Lernen und Arbeiten ermöglichen. Kosten entstehen v.a. durch Kubatur, nicht durch die Materialwahl; darüber hinaus werden diese Steigerungen nicht nur in Dornbirn durch den Baukostenindex getrieben. Die Bürgermeisterin ersucht, Ideen wie eine Hochgarage rechtzeitig in den entsprechenden Gremien einzubringen. Kinderbetreuung in verteilten Kleingruppen ist personell nicht realisierbar; im Gegenteil: der neue Versorgungsauftrag ist nur durch mehrgruppige Kindergärten und altersgemischte Gruppen umsetzbar.

Die Bürgermeisterin verwehrt sich gegen den Vorwurf einer fehlenden Bedarfserhebung für den **Veranstaltungssaal**. Dringender Bedarf hat sich mehrfach, auch bei den vielen aktiven Dornbirner Vereinen gezeigt; so wurde auch die bisherige Turnhalle in Doppelfunktion genutzt und wird derzeit schmerzlich vermisst.

Die Bürgermeisterin betont, dass – wie bereits im Stadtrat berichtet wurde – ein **zusätzlicher Dienstposten für den Energie- und damit Umweltbereich** geschaffen wurde, welcher bereits im März besetzt wird. Die zentrale Aufgabe dieser Person ist es, die stadtweite strategische Koordination und Umsetzung der Klima- und Energieziele zu managen. Auch ein Energiefachmann wurde wie berichtet bereits nachbesetzt.

Klimaschutzmaßnahmen können nicht am Budget einer einzigen Stelle festgemacht werden. Es ist allgemein bekannt, dass **Klimaschutz** sich als **Querschnittsmaterie** durch die ganze

Stadtverwaltung zieht und die Ziele können nur gemeinsam durch eine Vielzahl von Maßnahmen, die in unterschiedlichen Bereichen budgetiert und umgesetzt werden, erreicht werden.

Völlig falsch ist auch die von Dr. Juliane ALTON und Christoph WAIBEL dargestellte „Rasenmäher-Methode von 15%“. Im Stadtrat wurde vereinbart, insgesamt 10 Mio EUR, also 15% des damaligen 1. Entwurfs, zu kürzen, damit ein Voranschlag gelingen kann. Alle Ressortverantwortlichen wurden gebeten, innerhalb einer Woche mit den Abteilungen Vorschläge zu erarbeiten, also aktiv die Budgets zu überarbeiten. Dr. Juliane ALTON habe als einzige keine Vorschläge eingebracht. Dort, wo kein Vorschlag eingebracht wurde, haben man zentral nach Lösungen gesucht.

Zu den Ausführungen von StR. Markus FÄSSLER:

Die Bürgermeisterin bedankt sich für die Zustimmung zum Budget, welche von einer Gesamtverantwortung für die Stadt zeugt. Mit einem Augenzwinkern bedankt sie sich für die Tipps an sie als Gemeindeverbandspräsidentin und unterstreicht, sie habe mit dem Landeshauptmann Erleichterungen bei den hohen Strom- und Energiekosten für Private und Unternehmen verhandelt. Zudem wird es einen **Energiekostenzuschuss für Gemeinden** geben, welcher sich aus den Dividende der VKW finanziert. Da das Volumen noch nicht feststeht, findet sich dieser noch nicht im Budget.

Die Bürgermeisterin wiederholt, dass ein Zusammenschluss der Abnehmer bzw. eine Preisverhandlung mit der VKW derzeit wirtschaftlich nicht sinnvoll ist, da Energie derzeit Mangelware ist.

Zu den Fahrradständern und Sitzgelegenheiten gibt es Zustimmung und Kritik; manche schätzen sie, manche lehnen sie ab. Aber eine Stadt mit 50.000 Einwohner:innen sollte ihren Bürger:innen **unterschiedliche Aufenthaltsmöglichkeiten** bieten. „Wohnzimmer Dornbirn“ war kein „Fragebogen“, sondern ein klassisches Bürgerbeteiligungsformat zur Verschönerung und Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Stadt.

Zur „Ankündigungspolitik der Bürgermeisterin“ hält sie fest, es sei wichtig, **Ideen und Visionen für die Stadt zu entwickeln** und auch weitergeben, wenn sie noch nicht ganz fertig sind. Sowohl eine Markthalle als auch ein Badensee wären eine enorme Bereicherung für Dornbirn, daher wird sie sich weiterhin für eine Realisierung einsetzen. Neben notwendigen und sinnvollen Investitionen für den Schulbau müssen auch Projekte für eine breite Bevölkerungsschicht Platz haben, die darauf abzielen, die Lebensqualität in unserer Stadt zu verbessern.

Zu den Ausführungen von StR. Christoph WAIBEL:

Die Bürgermeisterin ist verwundert darüber, dass StR. Christoph Waibel den verringerten Schuldenstand und die vielen guten Bestandteile des Budgets würdigt und dann aus nicht nachvollziehbaren Gründen das Budget ablehnt. Julian Fässler hatte sich sehr intensiv bemüht, gemeinsam mit den Referenten für Tief- und Hochbau bereits vor den Sommerferien an einem Budgetvorentwurf zu arbeiten.

Es liegt ihr am Herzen, dass der Slogan „Dornbirn lässt kein Kind zurück“ nicht zur „Beliebigkeit“ verkommt. Das Präventionskonzept greift mit dem klar artikulierten Ziel in menschliche

Beziehungen ein, Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche zu schaffen und zielt nicht auf fehlende Instandhaltungen in Gebäuden ab. In diesem Zusammenhang wird das Präventionskonzept fehlinterpretiert.

Die Bürgermeisterin gibt einen Teil der Kritik an den baulichen Mängeln an StR. Christoph WAIBEL als Hochbaureferenten zurück. Die Abteilung Hochbau ist für Instandhaltungen zuständig. Es liegt an ihm als Hochbaureferenten zu priorisieren und Unaufschiebbares unverzüglich umzusetzen; auf der Verwaltungsebene funktioniert das sehr gut. Die geplante Besetzung des Dienstpostens im Facility Management ist eine wichtige Stützung der Abteilung.

Zu den Ausführungen von StV. Dr. Martina HLADIK:

Die Bürgermeisterin unterstreicht, sie müsse sich nicht mit Prestigeobjekten ein Denkmal setzen, sondern **überlegen, was Dornbirn und die Dornbirner Bevölkerung brauchen**. Bei steigenden Temperaturen kommt den 50.000 Dornbirner:innen neben dem Waldbad Enz bestimmt eine zweite Bademöglichkeit zugute. Das Projekt Markthalle bedeutet einen hohen Mehrwert zur Innenstadtfrequenz und -belegung. Die Planung steht nicht still, sondern es werden Gespräche auch mit privaten Investoren geführt.

Von der sehr schmal gehaltenen Verwaltung in Dornbirn müssen viele Bereiche abgedeckt und Services erbracht werden; insbesondere in den Bereichen Elementarpädagogik, Pflege und Gesundheit kann nicht eingespart werden. Dass der eine oder andere Bereich personell aufgestockt werden muss, ist für eine wachsende Stadt wie Dornbirn wohl selbsterklärend.

Um vergleichbar zu sein, muss die Kennzahl der erwähnten Pro-Kopf-Verschuldung um die Eigenbetriebe korrigiert werden. Leider zitieren die NEOS bei jeder Budgetrede wiederholt unrichtige Vergleichszahlen. Keine andere Stadt in Österreich führt ein Krankenhaus im Budget. Auch die Musikschule, die Pflegeheime und die Stadtwerke laufen im städtischen Budget. Für Vergleiche herangezogen werden kann die **Maastricht-Verschuldung**, und da steht Dornbirn sehr gut da.

Christoph WAIBEL hält fest, dass nicht er, sondern Markus Fäßler die 15% Rasenmähermethode erwähnt habe. In sehr fruchtbaren und konstruktiven Gesprächen wurden mit Julian Fässler und Markus Fäßler über den Sommer in mehreren Runden Einsparungspotentiale erarbeitet. Allerdings wurden – entgegen dem Versprechen – darüber hinaus noch im Herbst Budgetrunden mit Kürzungen abgehalten.

Das Beispiel „Sala“ und auch der Umbau Rohrbach habe er mehrfach gebracht; beides war auch budgetiert, beides fiel erneut einer Budgetkürzung zum Opfer. Daher verwehrt er sich dagegen, dass dieser Ball an ihn als Hochbaureferenten zurückgespielt werde.

Die **BÜRGERMEISTERIN** unterstreicht noch einmal, dass die fachlich zuständigen Abteilungen in Eigenverantwortung gemeinsam mit den Referenten die budgetären Kürzungen beschließen. Sie habe nie versprochen, dass keine Budgetrunden stattfinden werden. Es ist ihre Verantwortung, ein Budget zusammenzubringen. Wenn 10 Millionen fehlen, müssen alle über die Bücher gehen. Die gemeinsamen Runden aus Stadtplanung, Hochbau und Tiefbau dienen einer konsentierten Lösungssuche und einer Verringerung der Reibung an den Schnittstellen.

Dr. Juliane ALTON widerspricht dem Vorwurf, sie habe keine Einsparungsmaßnahmen vorgeschlagen; mit den Abfallhaufen habe sie 12.300 EUR Einsparung eingebracht. Sie freut sich, dass ein Energietechniker und ein Facility Manager eingestellt wurden, allerdings ist das keine Investition in die Personaldecke für Umweltbelange.

Die BÜRGERMEISTERIN hält fest, dass sie nicht vom Energietechniker gesprochen habe, sondern dass zusätzlich zu den oben erwähnten Personen ein Dienstposten für einen Energiemanager geschaffen und besetzt worden ist.

Zur Abstimmung kommt folgender Antrag:

- 1 Der Voranschlag 2023 der Stadt Dornbirn wird wie folgt festgestellt:

	Ergebnis- voranschlag 2023 in €	Finanzierungs- voranschlag 2023 in €
Erträge/Einzahlungen	221.713.400,00	225.765.600,00
Aufwendungen/Auszahlungen	<u>214.464.200,00</u>	<u>235.458.400,00</u>
Nettoergebnis/Nettofinanzierungssaldo	7.249.200,00	- 9.692.800,00
Entnahme von Haushaltsrücklagen/ Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	4.900.000,00	23.000.000,00
Zuweisung von Haushaltsrücklagen Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	28.000,00	18.207.200,00
Nettoergebnis nach HH-Rücklagen/ Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung	12.121.200,00	-4.900.000,00

- 2 Die Finanzkraft gemäß § 73 Abs 3 GG beträgt für 2023 € 116.786.000,00.
- 3 Dem Rechnungsabschluss 2023 sind jene Begründungen zu den Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnungsabschluss beizulegen, die die Abweichungen von 5 % übersteigen und mindestens € 30.000,00 betragen.
- 4 Gemäß § 76 Abs. 4 Gemeindegesetz werden folgende Deckungsklassen eingerichtet:
- Jeder AOB ist eine Deckungsklasse für sich. Somit sind die Voranschlagswerte eines AOBs auf verschiedenen Ansätzen und Konten gegenseitig deckungsfähig.
 - Die AOBs der Abteilung Hochbau 5202 - 5206 bilden eine eigene Deckungsklasse.

Bei den zu Deckungsklassen zusammengefassten Positionen dürfen einzelne Positionen überschritten werden, nicht jedoch die Gesamtsumme des in der Deckungsklasse erfassten Budgets.

- 5 Auszahlungsermächtigung (für die budgetierten Gesellschafterzuschüsse über der StR-Kompetenz von € 1.167.860,00): Die Stadt Dornbirn gewährt der Pflege und Sozialdienste Dornbirn GmbH einen auf der HhSt. 1/899200-755000 budgetierten Gesellschafterzuschuss bis zur Höhe von € 4.400.000,00. Die Auszahlung erfolgt auf Anforderung der Geschäftsführung.

(gegen 7 Stimme der Grünen und 4 Stimmen der FPÖ)

Die VORSITZENDE bedankt sich explizit bei der Fraktion der NEOS für die Zustimmung.

18 Ermächtigung des Stadtrates gemäß § 76 Abs 2 Gemeindegesetz

Gemäß § 76 Abs. 2 Gemeindegesetz ermächtigt die Stadtvertretung den Stadtrat für 2023 Mehrausgaben - bei gegebener Bedeckung im Sinne des § 76 Abs. 1 - bis zur Höhe von maximal € 400.000,00 zu beschließen.

Wesentliche Mehrausgaben, die sich im Bereich der Ermächtigungsgrenze von € 400.000,00 befinden, sind der Stadtvertretung zur Kenntnis zu bringen.

(einstimmig)

19 Wahl Vizebürgermeister:in

Die VORSITZENDE verliest die Modalitäten für die Wahl zum Vizebürgermeister bzw. zur Vizebürgermeisterin gemäß dem Bericht der Abteilung „Stadtamtsdirektion“ vom 6.12.2022 mit der Aktenzahl d004.1-1/2021-28-1 und ersucht um Nominierung von Kandidat:innen zur Wahl.

StV. Dr. Manfred HÄMMERLE schlägt **StR. Dr. Juliane ALTON für das Amt der Vizebürgermeisterin** vor. Er hat sie als sehr fleißige Politikerin kennengelernt, der Dornbirn am Herzen liegt und die sich nicht scheut, Unangenehmes auszusprechen. Da die ÖVP keine absolute Mehrheit mehr habe, ruft er dazu auf, die Macht zu teilen und appelliert an die ÖVP, seinem Wahlvorschlag zu folgen.

StR. Julian FÄSSLER erklärt, dass er diesem Wahlvorschlag nicht folgen könne. Die ÖVP stehe für eine konstruktive Zusammenarbeit, für Konsens und Kompromisse, um auch bei kontroversiellen Standpunkten einen gemeinsamen Weg zu ebnen. StR. Markus FÄSSLER hat als Vizebürgermeister in den letzten Jahren mit viel Engagement bei wichtigen Themen mitgearbeitet und durch seine Zustimmung zum Budget Verantwortung für die Stadt übernommen. Die ÖVP hätte gerne mit ihm als Vizebürgermeister weiter gearbeitet.

Er bedankt sich auch bei StR. Christoph WAIBEL für sein Engagement bei der schwierigen Budgeterstellung und bei den NEOS, die heute trotz inhaltlicher Kritik an der Budgeterstellung, dem Entwurf zugestimmt haben und ihren Teil der Verantwortung für die Stadt Dornbirn tragen.

Leider haben die Erfahrungen mit einigen Grünen gezeigt, dass ihnen parteitaktische Überlegungen wichtiger sind als ein gemeinsamer Weg. Aus diesen Gründen ersucht er um Verständnis, dass die ÖVP dem Vorschlag, ein Mitglied der GRÜNEN Fraktion zur Vizebürgermeisterin zu wählen, nicht folgen kann. Dabei weist er ausdrücklich darauf hin, dass in der Vergangenheit auch sehr gute Erfahrungen mit einzelnen Vertreter:innen der Grünen gemacht wurden.

Die VORSITZENDE erinnert an Aufsichtsbeschwerden aus den Reihen der Grünen, die aber alle begründet zurückgewiesen oder eingestellt wurden. Auch sie lobt die gute Zusammenarbeit mit Markus FÄSSLER als Vizebürgermeister. Er habe Stabilität und Weiterentwicklung der Stadt in den Vordergrund gestellt.

Da sie sich auf dieser Grundlage keine Zusammenarbeit mit den GRÜNEN vorstellen kann, schlägt sie **StR. Julian Fässler für das Amt des Vizebürgermeisters** vor.

Für StR. Markus FÄSSLER ist eine gute Gesprächsbasis ein zentrales Element. Er ruft dazu auf, nicht für die Fraktionen, sondern gemeinsam für Dornbirn zu arbeiten. Seine Fraktion steht zum gegebenen Wort. Er bedankt sich bei der Bürgermeisterin für die konstruktive Zusammenarbeit.

Für die **Stimmzählung** werden bestimmt

für die Dornbirner Volkspartei	Dr. Hanno Lecher
für die Dornbirner SPÖ	Irina Lang
für die Dornbirner Grünen	Samuel Moosmann
für die Dornbirner FPÖ	Wernfried Ammann
für die NEOS	Günter Scrinzi

Mit Vorliegen der beiden Wahlvorschläge sind die **formalen Erfordernisse für diese Wahl erfüllt**. Somit kann die Wahl erfolgen.

Die Mitglieder der Stadtvertretung begeben sich zu den beiden Wahlkabinen, füllen die einzeln ausgegebenen Stimmzettel aus und werfen sie in die bereitgestellte Urne. Die Stimmzähler:innen werten das Ergebnis aus und geben dieses bekannt.

Der mittels Stimmzettel durchgeführte **1. Wahlgang ergibt je 18 Stimmen** für die vorgeschlagenen Kandidaten. Damit endet der Wahlgang unentschieden und es findet ein 2. Wahlgang statt.

Für den 2. Wahlgang werden erneut **Dr. Juliane Alton** und **Julian Fässler** vorgeschlagen.

Die Mitglieder der Stadtvertretung begeben sich erneut zu den beiden Wahlkabinen, füllen die einzeln ausgegebenen Stimmzettel aus und werfen sie in die bereitgestellte Urne. Die Stimmzähler:innen werten wieder das Ergebnis aus und geben dieses bekannt.

Der mittels Stimmzettel durchgeführte **2. Wahlgang ergibt erneut je 18 Stimmen** für die vorgeschlagenen Kandidaten. Damit endet der Wahlgang unentschieden und es findet ein 3. Wahlgang statt.

Für den 3. Wahlgang stehen ausschließlich **Dr. Juliane Alton** und **Julian Fässler** zur Wahl.

Der mittels Stimmzettel durchgeführte **3. Wahlgang ergibt wieder je 18 Stimmen** für die vorgeschlagenen Kandidaten. Damit endet auch dieser Wahlgang unentschieden. Somit entscheidet gemäß § 61 Abs. 6 GG die höhere Zahl der bei der Gemeinderatswahl am 13. September 2020 erzielten Vorzugsstimmen. Dr. Juliane ALTON erzielte 1.773 Stimmen, Julian Fässler 1.997.

Somit wird StR. Julian Fässler mit Wirkung vom 15. Dezember 2022 für die restliche Dauer der Funktionsperiode 2020 bis 2025 zum Vizebürgermeister gewählt.

Die VORSITZENDE fragt Julian Fässler, ob er die Wahl annimmt. Julian Fässler bejaht das ausdrücklich. Die VORSITZENDE gratuliert zur Wahl und wünscht Julian Fässler viel Freude und Erfolg bei der Erledigung der anstehenden Aufgaben.

StR. Dr. Juliane Alton gratuliert dem neuen Vizebürgermeister zu seinem Amt und wünscht ihm eine erfolgreiche Amtsausübung. Sie bedankt sich bei allen, die ihr das Vertrauen geschenkt haben.

StR. Christoph WAIBEL nimmt das Ergebnis zur Kenntnis und gratuliert StR. Dr. Juliane Alton zur gezeigten Größe. Er unterstreicht, dass ein gegebenes Wort gehalten werden sollte.

StR. Markus FÄSSLER nimmt das Ergebnis zur Kenntnis und unterstreicht, dass es sehr wichtig ist, für Dornbirn zu arbeiten und nicht für die jeweiligen Parteifractionen.

StV Günter SCRINZI gratuliert dem neuen Vizebürgermeister Julian Fässler und dankt Dr. Juliane Alton, dass sie sich der Wahl gestellt hat. Die Neos bieten weiterhin ihre Mitarbeit an und wünschen sich, weiterhin gut in die Prozesse eingebunden zu werden.

Vizebgm. Julian FÄSSLER bedankt sich herzlich für die Worte und das Vertrauen. Das Motto für die nächsten 2,5 Jahre ist „Gemeinsam für Dornbirn“ und er verspricht, seinen Teil dazu beizutragen.

StR. Aaron WÖLFLING gratuliert im Namen der Grünen Fraktion und betont den Willen der Fraktion zur konstruktiven Zusammenarbeit.

Die VORSITZENDE bedankt sich bei der Grünen für den Respekt gegenüber dem demokratischen erzielten Ergebnis. Sie freut sich auf die weitere Zusammenarbeit in der Stadtvertretung.

20 Genehmigung des öffentlichen und nicht öffentlichen Protokolls der 16. Sitzung der Stadtvertretung vom 17. November 2022

Die Protokolle über die 16. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung der Stadtvertretung vom 17. November 2022 werden in der vorliegenden Fassung genehmigt.

21 Allfälliges

21.1 (II)legale Entsorgung von Jauche

StV Dr. Manfred HÄMMERLE berichtet, er habe beobachtet, wie in der Nähe der Autobahnauffahrt Dornbirn Nord ein großer LKW mit geschätzten 10.000 Liter Fassungsvermögen Jauche in einen Graben geleert habe. Auf Rückfrage durch Herrmann Wirth wurde seitens des Landes erklärt, es handle sich um eine umweltfreundliche Entsorgung.

Er ersucht, die Verursacher auszuforschen und zu klären, wie es dazu kam.

Ende der Sitzung

23:46 Uhr

Die Schriftführerin
Mag. Kathrin Wiederin

Die Vorsitzende
Bürgermeisterin Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann

